118
Wirtschaftsprognose
Economic Forecast
Juli 2021

# Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2025

## Wirtschaft überwindet Corona-Schock

Sperrfrist: Mittwoch, 21. Juli 2021, 10:00 Uhr

Institut für Höhere Studien
Institute for Advanced Studies
Vienna

118
Wirtschaftsprognose
Economic Forecast
Juli 2021

# Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2025

## Wirtschaft überwindet Corona-Schock

Martin Ertl
Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Sebastian P. Koch
Robert M. Kunst
Zuzana Molnárová
Michael Reiter
Klaus Weyerstraß

Institut für Höhere Studien
Institute for Advanced Studies
Vienna

**AutorInnen**

Martin Ertl, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian P. Koch, Robert M. Kunst, Zuzana Molnárová, Michael Reiter, Klaus Weyerstraß

**Titel**

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2021–2025
Wirtschaft überwindet Corona-Schock
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 118

**Kontakt**

Michael Reiter
T +43 1 59991-154
E mreiter@ihs.ac.at
Helmut Hofer
T +43 1 59991-251
E hofer@ihs.ac.at
Klaus Weyerstraß
T +43 1 59991-233
E klaus.weyerstrass@ihs.ac.at
Paul Glück (Public Relations)
T +43 660 150 5001
E glueck@paulglueck.com

**2021 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)**

Josefstädter Straße 39, A-1080 Wien
T +43 1 59991-0
F +43 1 59991-555
www.ihs.ac.at
ZVR: 066207973

*Alle Inhalte sind ohne Gewähr. Jegliche Haftung der Mitwirkenden oder des IHS aus dem Inhalt dieses Werks ist ausgeschlossen.*

# Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung und Zusammenfassung ..... 7

2 Das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft ..... 16

3 Die internationale Konjunktur ..... 19

3.1 Überblick ..... 19

3.2 Länderprognosen ..... 21

4 Die österreichische Außenwirtschaft ..... 31

5 Perspektiven der Inlandskonjunktur ..... 32

6 Monetäre Prognose ..... 43

7 Die Auswirkungen des EU-Aufbauplans auf die österreichische Wirtschaft ..... 47

8 Tabellenanhang ..... 51

# Wirtschaft überwindet Corona-Schock

Mit den Erfolgen bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie und den damit ermöglichten Lockerungen der Beschränkungen erholt sich die Weltwirtschaft von der historischen Krise. Die Aufhebung der meisten Eindämmungsmaßnahmen und die positiven wirtschaftlichen Rahmenbedingungen treiben die Konjunktur in Österreich. Nach dem starken Einbruch im Vorjahr sollte die Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr kräftig zulegen. Für die gesamte Prognoseperiode 2021 bis 2025 erwartet das Institut eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 2 ½ % pro Jahr. Mit der wirtschaftlichen Erholung hat die Inflation etwas angezogen. Mit Werten von 2 % bis 2 ¼ % sollte der Preisdruck aber verhalten bleiben. Mit dem Anziehen der Konjunktur und der Ausweitung der Mittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik dürfte die im Vorjahr äußerst kräftig gestiegene Arbeitslosigkeit bis zum Ende der Prognoseperiode auf das Vorkrisenniveau von 7 ½ % zurückgehen. Durch den tiefen Wirtschaftseinbruch und die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen werden die öffentlichen Haushalte in den Jahren 2020 und 2021 schwer belastet. Nach Überwindung der Krise sollte die wirtschaftspolitische Strategie auf die Stärkung der Wachstumskräfte und die Bekämpfung des Klimawandels abzielen.

# 1 Einleitung und Zusammenfassung

Mit der durch den Impffortschritt ermöglichten Aufhebung eines Großteils der Eindämmungsmaßnahmen hat die österreichische Wirtschaft nach dem tiefen Einbruch im Vorjahr wieder kräftig Fahrt aufgenommen. Das Institut erwartet daher für den Zeitraum 2021 bis 2025 eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate von 2,5 %. In den vergangenen fünf Jahren betrug die durchschnittliche Zunahme 0,4 % pro Jahr. Bei der Interpretation dieser Zahlen ist der coronabedingte Einbruch im Jahr 2020 (−6,3 %) zu berücksichtigen. Die vorliegende Vorausschau basiert auf der Juni-Prognose des Instituts für die Jahre 2021 und 2022 und erweitert den Prognosehorizont bis zum Jahr 2025. Nach der kräftigen Erholung in den Jahren 2021 (3,4 %) und 2022 (4,5 %) dürfte die Wirtschaft auf einen soliden Wachstumskurs einschwenken. Für die Jahre 2023 bis 2025 werden Zuwächse von 1,8 %, 1,4 % und nochmals 1,4 % erwartet. Insgesamt sollte damit die Wirtschaftsleistung annähernd mit dem gleichen Tempo wie im Euroraum zulegen.

Das Produktionspotenzial, also die bei Normalauslastung der Kapazitäten erreichbare gesamtwirtschaftliche Produktion, dürfte durch die Corona-Pandemie nicht nachhaltig in Mitleidenschaft gezogen worden sein. Anders als in früheren schweren Wirtschaftskrisen sind diesmal keine größeren Abschreibungen des Kapitalstocks

notwendig, und die strukturelle Arbeitslosigkeit hat sich voraussichtlich nicht erhöht. Das Institut schätzt, dass das Produktionspotenzial im Jahr 2020 um 1 % gestiegen ist. Dessen Wachstum sollte sich rasch auf knapp 1 ½ % pro Jahr beschleunigen. Einer stärkeren Expansion steht die demografische Entwicklung entgegen. Aufgrund des Konjunktureinbruchs lag das Bruttoinlandsprodukt nach Schätzungen des Instituts im vergangenen Jahr um 5 % unter dem Produktionspotenzial. Durch den kräftigen Aufschwung in den Jahren 2021 und 2022 dürfte die Produktionslücke aber bereits im kommenden Jahr annähernd geschlossen sein und dies bis zum Ende des Prognosezeitraums auch bleiben.

Die Weltwirtschaft dürfte im Prognosezeitraum nach dem coronabedingten historischen Einbruch wieder auf einen soliden Wachstumspfad zurückkehren und durchschnittlich um 3 ¾ % pro Jahr zulegen. Gestützt durch die äußerst expansive Fiskalpolitik sollte die US-Wirtschaft um durchschnittlich 3 ¼ % expandieren. Im Euroraum dürfte die durchschnittliche Zunahme des BIP gut 2 ½ % betragen. Das Aufbau-Instrument „Next Generation EU“ sollte den Aufholprozess insbesondere in Südeuropa stärken. Für die Gruppe der Industriestaaten wird ein Wachstum von knapp 3 % erwartet.

Der Konsum der privaten Haushalte hat besonders stark unter der Corona-Krise gelitten. In den Lockdown-Phasen wurden die Konsummöglichkeiten stark eingeschränkt; so kamen die wirtschaftlichen Aktivitäten im Handel mit nicht-lebensnotwendigen Gütern, im Tourismus sowie im Bereich Unterhaltung/Kultur fast völlig zum Erliegen. In Österreich sind die privaten Konsumausgaben im Vorjahr folglich um 9 ½ % eingebrochen. Aufgrund des Wegfalls der konsumhemmenden Faktoren sollte der private Konsum heuer und im kommenden Jahr besonders kräftig zulegen. Für den gesamten Prognosezeitraum wird ein durchschnittliches Wachstum von knapp 3 % pro Jahr erwartet. Ausgehend von 14 ½ % im Vorjahr werden die privaten Haushalte die Sparquote wohl rasch zurücknehmen und bis zum Ende des Prognosezeitraums auf ein normales Niveau von rund 8 % zurückführen.

Die Corona-Pandemie beendete einen außergewöhnlich langen Investitionszyklus in Österreich. Trotz des Einbruchs um knapp 8 % im Jahr 2020 wurden die Ausrüstungsinvestitionen im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um gut 2 ½ % pro Jahr ausgeweitet. Bei den Bauinvestitionen betrug das Wachstum knapp 1 ½ % pro Jahr. Die gesamten Anlageinvestitionen stiegen um 2 % pro Jahr. Zu Beginn des Prognosezeitraums wird die Investitionstätigkeit durch die Erholung von der Corona-Pandemie und den fiskalpolitischen Maßnahmen der Investitionsförderung geprägt. Da aufgrund der Förderungen Investitionen vorgezogen werden, wird sich das Wachstum ab 2023 deutlich abschwächen. Die Bauinvestitionen profitieren von steigenden Immobilienpreisen und dem Trend zu mehr Wohnraum pro Person. Im Zeitraum 2021

bis 2025 dürften die Anlageinvestitionen um knapp 2 ¾ % pro Jahr ausgeweitet werden (Ausrüstungen: 3 ¼ %, Bauten: 2 ¼ %).

Der globale Warenhandel hat sich vom coronabedingten Einbruch im Vorjahr rasch erholt und dürfte heuer um 10 % zulegen. Aufgrund der robusten Industriekonjunktur im weiteren Prognosezeitraum sollte der Welthandel um durchschnittlich 4 ¾ % pro Jahr expandieren. Für die heimischen Exportmärkte wird ein jährlicher Zuwachs um 5 ¼ % erwartet. Laut Prognose werden die Exporte laut VGR im selben Tempo steigen. Mit dem Auslaufen der gesundheitlichen Einschränkungen sollten auch die von der Corona-Krise besonders stark betroffenen Reiseverkehrsexporte wieder kräftig anziehen, allerdings erst am Ende des Prognosezeitraums wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Die Konjunkturerholung und die kräftige Exporttätigkeit bewirken ein starkes Anziehen der Importe. Diese werden voraussichtlich um durchschnittlich 5 ½ % pro Jahr zulegen. Die Außenwirtschaft wirkt somit neutral auf das Wachstum.

Nach 1,6 % im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre dürfte die Inflationsrate im Zeitraum 2021 bis 2025 auf 2,2 % ansteigen. Während die Energiepreise im vergangenen Fünfjahreszeitraum die Preisentwicklung dämpften, treiben die internationalen Rohstoff- und Energiepreise zu Beginn des Prognosezeitraums die Inflation an. Ab dem Jahr 2022 sollten aber davon sowie von den Lohnstückkosten nur moderate Impulse ausgehen. Hingegen dürften Maßnahmen zum Klimaschutz inflationserhöhend wirken.

Die Corona-Krise hat im Vorjahr voll auf den Arbeitsmarkt durchgeschlagen. Die Beschäftigung ist trotz der massiven Inanspruchnahme der Kurzarbeit eingebrochen und die Arbeitslosenquote ist auf knapp 10 % hinaufgeschnellt. Mit der kräftig steigenden wirtschaftlichen Aktivität hat sich die Lage am Arbeitsmarkt aber merklich schneller verbessert als erwartet. Das durchschnittliche Beschäftigungswachstum im Prognosezeitraum dürfte 1 ¼ % betragen. Die starke Ausweitung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik sollte potenziellen Hysterese-Effekten am Arbeitsmarkt (etwa ein hoher Bestand an Langzeitarbeitslosen) entgegenwirken, sodass die Arbeitslosenquote bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 7 ½ % sinken sollte.

Die Lage der öffentlichen Haushalte wird im Prognosezeitraum von den Folgen der Corona-Krise geprägt. Als sich die massiven wirtschaftlichen Folgen der Pandemie abzeichneten, hat die Bundesregierung zahlreiche fiskalpolitische Maßnahmen gesetzt, um den Wirtschaftseinbruch abzumildern und das „Hochfahren“ der Wirtschaft zu unterstützen. Im Verein mit der Wirkung der automatischen Stabilisatoren haben diese Maßnahmen zu einem Budgetdefizit von 8,9 % des BIP im Jahr 2020 geführt. Dabei gab der Bund rund 14,4 Mrd. Euro für die Krisenbewältigung aus. Mit Stand 15. Mai belaufen sich die Ausgaben des Bundes für das Jahr 2021 auf 6,7 Mrd. Euro. Mit der Belebung der Wirtschaft und dem Auslaufen der Corona-Maßnahmen wird sich die Situation der

öffentlichen Haushalte aber deutlich entspannen. Ausgehend von einem Defizit von 7,4 % des BIP im laufenden Jahr könnte das Defizit bis zum Jahr 2025 auf 1,2 % des BIP sinken. In dieser Status-quo-Vorausschau sind im Regierungsprogramm angekündigte, aber nicht spezifizierte Maßnahmen wie die ökosoziale Steuerreform nicht berücksichtigt. Die Reduktion des Defizits wird im Wesentlichen durch das Wiedererstarken des Wirtschaftswachstums nach der Überwindung der Pandemie getragen sein; stützend wirkt auch das äußerst günstige Zinsniveau.

Die gute Ausgangslage der öffentlichen Haushalte hat eine adäquate Reaktion der Fiskalpolitik auf die Krise ermöglicht. Mit der Überwindung der Krise müssen strukturelle Reform-Notwendigkeiten, die schon vor der Corona-Krise vorhanden waren, angegangen werden. Eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie sollte entwickelt werden, um Wachstumspotenziale zu heben und die Schuldenquote wieder zurückzurückführen. Im Rahmen einer solchen Strategie sind Strukturreformen und die rasche Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele notwendig. Mit der ökosozialen Steuerreform sollte auch die im internationalen Vergleich hohe Abgabenbelastung des Faktors Arbeit reduziert werden. Wie immer wieder angemerkt, wäre es aus Sicht des Instituts geboten, bei der Budgeterstellung produktivitätserhöhenden Bereichen wie Bildung, Digitalisierung und Forschung noch höhere Priorität einzuräumen. Reformen in den Bereichen Föderalismus, Gesundheitsversorgung, Pflege und Pensionen würden die Kostendynamik verlangsamen.

Im Vergleich zum vergangenen Sommer haben die Abwärtsrisiken für die globale Wirtschaftsentwicklung deutlich abgenommen. Die Fortschritte bei der Bekämpfung der Pandemie erlaubten ein Hochfahren der Weltwirtschaft. Allerdings würden eine geringe Durchimpfung der Bevölkerung sowie insbesondere ein Überhandnehmen infektiöserer und impfstoffresistenter Virusvarianten den wirtschaftlichen Erholungsprozess deutlich verzögern. Weiters könnte eine zu rasche Einstellung der Unterstützungsmaßnahmen die Wirtschaftsentwicklung bremsen. So würde eine Insolvenzwelle den Bankensektor belasten und könnte eine Finanzkrise auslösen. Allerdings könnte auch eine zu lange Subventionierung das Wachstumspotenzial dämpfen, indem nicht überlebensfähige Unternehmen künstlich am Leben gehalten werden. Die hohe internationale Verschuldung stellt einen weiteren Risikofaktor dar. Der aktuell starke Anstieg der Rohstoffpreise, Lieferverzögerungen etwa im Elektronikbereich sowie Schwierigkeiten beim internationalen Transport belasten den Aufschwung; diese Effekte werden vom Institut aber als nur temporär gesehen. Allerdings könnte der Wirtschaftsaufschwung auch stärker ausfallen als hier erwartet. Im Zuge der Corona-Pandemie wurde die Digitalisierung der Wirtschaft vorangetrieben, was über produktivitätssteigernde Effekte das Wachstumspotenzial der Volkswirtschaften erhöhen könnte. Unterstützend sollte in

diesem Zusammenhang das „Next Generation EU“- Programm wirken. Ein Abbau der in der Corona-Krise gebildeten Zwangsersparnisse würde die Konsumnachfrage erhöhen.

In Kapitel 7 werden die ökonomischen Auswirkungen des Wiederaufbauplans der EU auf die österreichische Wirtschaft abgeschätzt. Der Plan zielt darauf ab, ein rasches Hochfahren der Wirtschaft nach der Corona-Krise zu ermöglichen und die Resilienz der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft gegenüber zukünftigen Gesundheits- und Wirtschaftskrisen zu stärken. Laut den Berechnungen des Instituts sollte die Umsetzung des Wiederaufbauplans das BIP im Jahr 2025 um 0,9 % erhöhen.

***Tabelle 1: Wichtige Prognoseergebnisse***

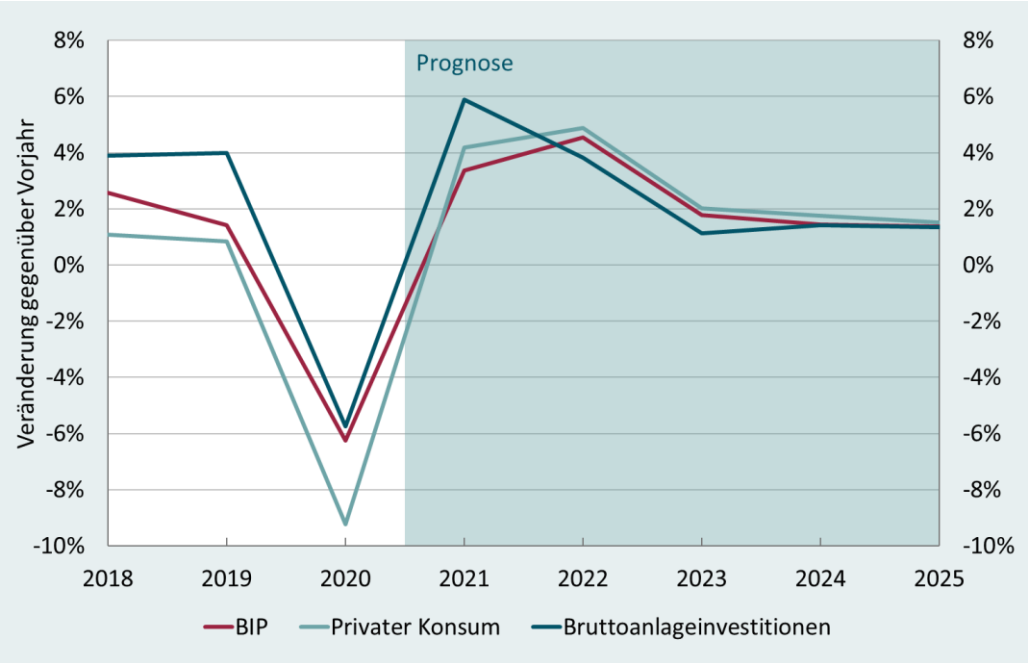
*Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent*

| | 2011–2015 | 2016–2020 | 2021–2025 |
|---|---|---|---|
| Bruttoinlandsprodukt, real | 1,1 | 0,4 | 2,5 |
| Privater Konsum, real | 0,5 | -0,9 | 2,9 |
| Bruttoinvestitionen, real | 2,2 | 1,8 | 2,9 |
| Bruttoanlageinvestitionen, real | 2,2 | 2,0 | 2,7 |
| Ausrüstungsinvestitionen, real | 3,6 | 2,6 | 3,2 |
| Bauinvestitionen, real | 0,7 | 1,4 | 2,2 |
| Inlandsnachfrage, real | 1,0 | 0,4 | 2,4 |
| Exporte i. w. S., real | 2,8 | 1,1 | 5,3 |
| Waren, real (laut VGR) | 2,4 | 1,7 | 5,0 |
| Reiseverkehr, real (laut VGR) | 1,1 | −7,4 | 10,7 |
| Importe i. w. S., real | 2,8 | 1,2 | 5,4 |
| Waren, real (laut VGR) | 2,1 | 1,1 | 4,8 |
| Reiseverkehr, real (laut VGR) | −1,1 | −15,4 | 23,6 |
| Unselbständig Aktiv-Beschäftigte | 1,1 | 1,1 | 1,2 |
| Arbeitslosenquote: Nationale Definition[i] | 7,8 | 8,5 | 7,8 |
| Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition[i] | 5,2 | 5,3 | 4,9 |
| Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten | 2,2 | 1,8 | 2,4 |
| Preisindex des BIP | 2,0 | 1,5 | 2,0 |
| Verbraucherpreisindex | 2,1 | 1,6 | 2,2 |
| Budgetsaldo Maastricht in % des BIP[i] | −2,1 | −2,1 | −3,2 |
| 3-Monats-Euribor[i] | 0,5 | −0,3 | −0,3 |
| 10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen[i] | 2,0 | 0,3 | 0,4 |

[i] absolute Werte

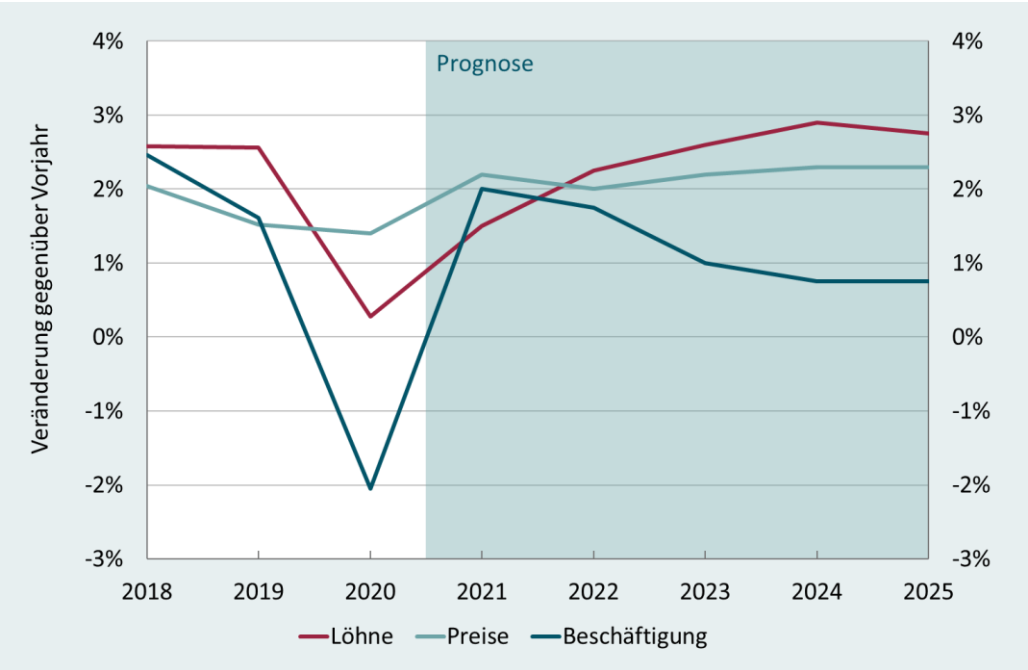
Quellen: Statistik Austria, Refinitiv Datastream, ab 2021 Prognose des IHS

### *Abbildung 1: BIP, Privater Konsum und Bruttoanlageinvestitionen, real*



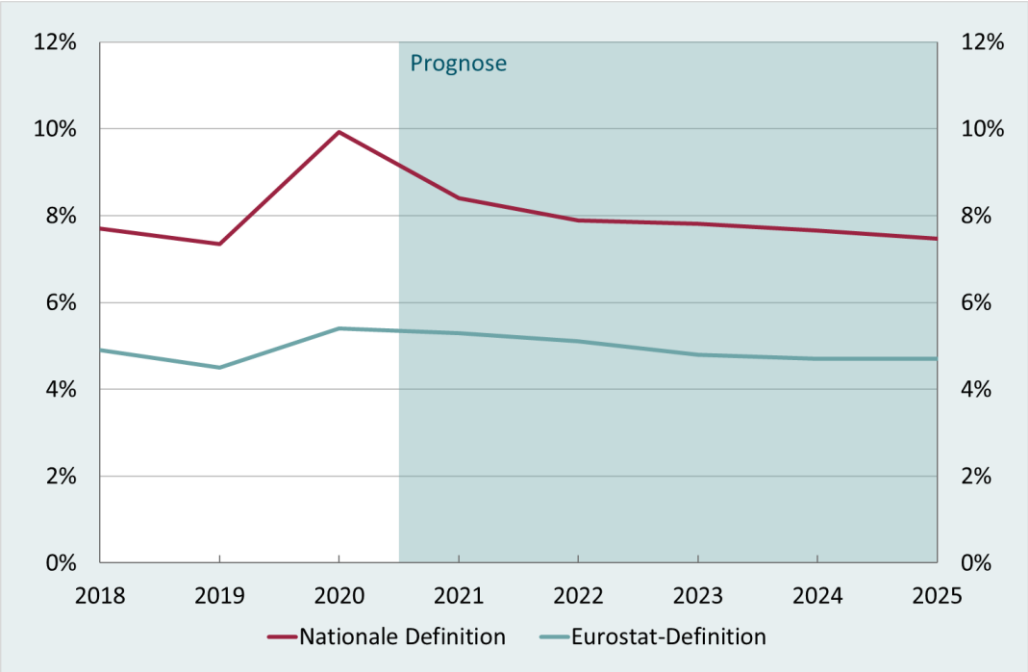

Quellen: Statistik Austria, ab 2021 Prognose des IHS

### *Abbildung 2: Löhne, Preise und Beschäftigung*



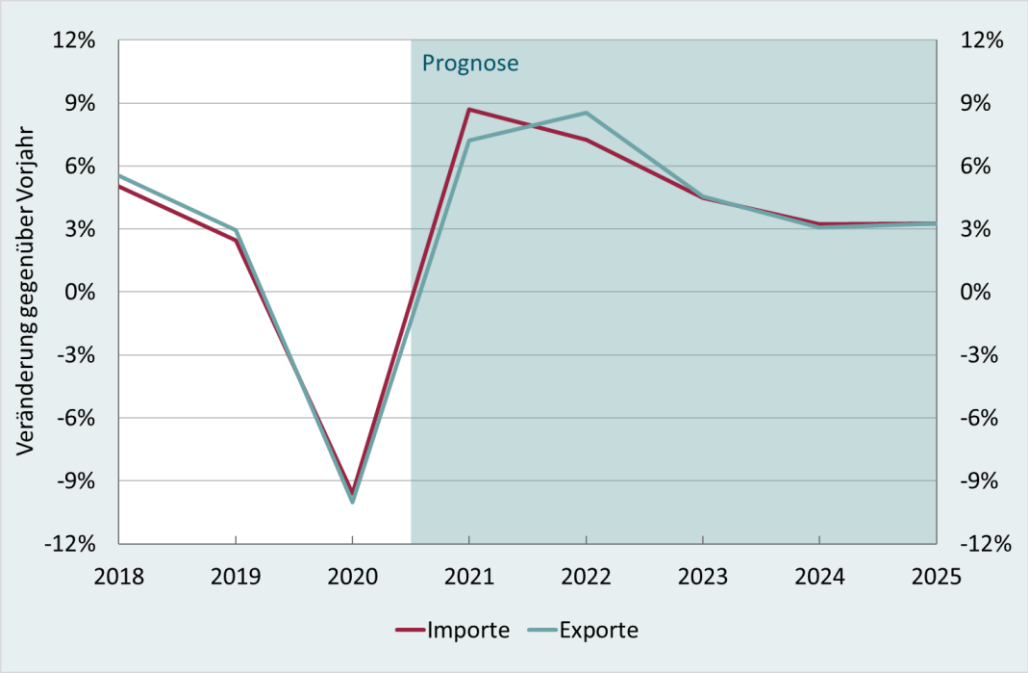

Quellen: Statistik Austria, Dachverband der Sozialversicherungsträger, ab 2021 Prognose des IHS

### *Abbildung 3: Arbeitslosenquote*



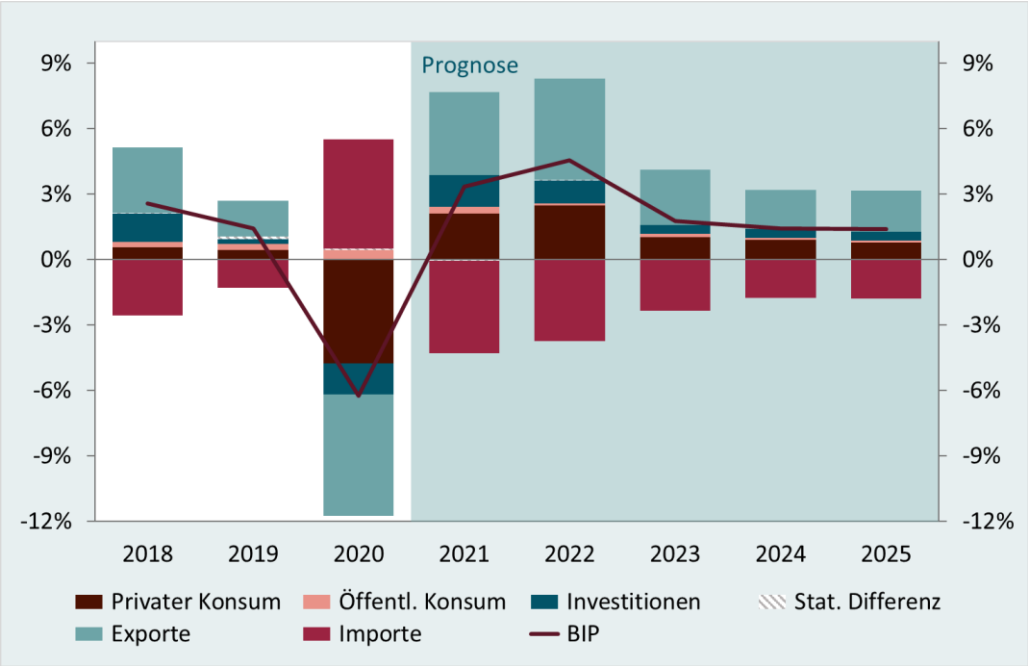

Quellen: AMS, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, ab 2021 Prognose des IHS

### *Abbildung 4: Importe (i. w. S.) und Exporte (i. w. S.)*




Quellen: Statistik Austria, ab 2021 Prognose des IHS

***Abbildung 5: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten***




Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen, ab 2021 Prognose des IHS

# 2 Das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft

Für die mittelfristige Projektion bildet das Produktionspotenzial den Anker. Dabei handelt es sich um das Produktionsniveau, das bei einer normalen Auslastung der Produktionskapazitäten erreicht wird. Als Produktionsfaktoren werden der Trend des Arbeitsvolumens, gemessen in Stunden, der Kapitalstock und der Trend des technischen Fortschritts berücksichtigt.

Gemäß der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria (Hauptvariante) geht die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre) bis zum Jahr 2025 um rund 47.000 Personen oder 0,8 % zurück. Die trendmäßige Partizipationsrate, also jener Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung, der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht, dürfte bis zum Ende des Prognosezeitraums um 2,8 Prozentpunkte steigen und somit dem Rückgang der Erwerbsbevölkerung entgegenwirken. Die Zunahme der Partizipationsrate flacht sich leicht ab, was auf den demografischen Wandel zurückzuführen ist. Der Anteil der älteren Personen mit immer noch relativ niedriger Erwerbsbeteiligung steigt, während der Anteil der Personen im Haupterwerbsalter mit hohen Partizipationsraten abnimmt. Die Erwerbsbeteiligung der Älteren ist in den letzten Jahren bereits stark gestiegen, sodass für den Prognosezeitraum nur noch ein flacherer Anstieg zu erwarten ist.

Die strukturelle Arbeitslosenquote ist den Schätzungen des Instituts zufolge in den vergangenen Jahren bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie kontinuierlich gesunken. Die starke Rezession im vergangenen Jahr dürfte diesen Rückgang unterbrochen, aber nicht zu einem nachhaltigen Anstieg der strukturellen Arbeitslosigkeit in Österreich geführt haben. Daher geht das Institut davon aus, dass die strukturelle Arbeitslosenquote ab dem kommenden Jahr wieder auf den leicht fallenden Trend zurückkehren und bis zum Jahr 2025 auf 7,7 % (gemäß nationaler Definition der Arbeitslosenquote) sinken wird.

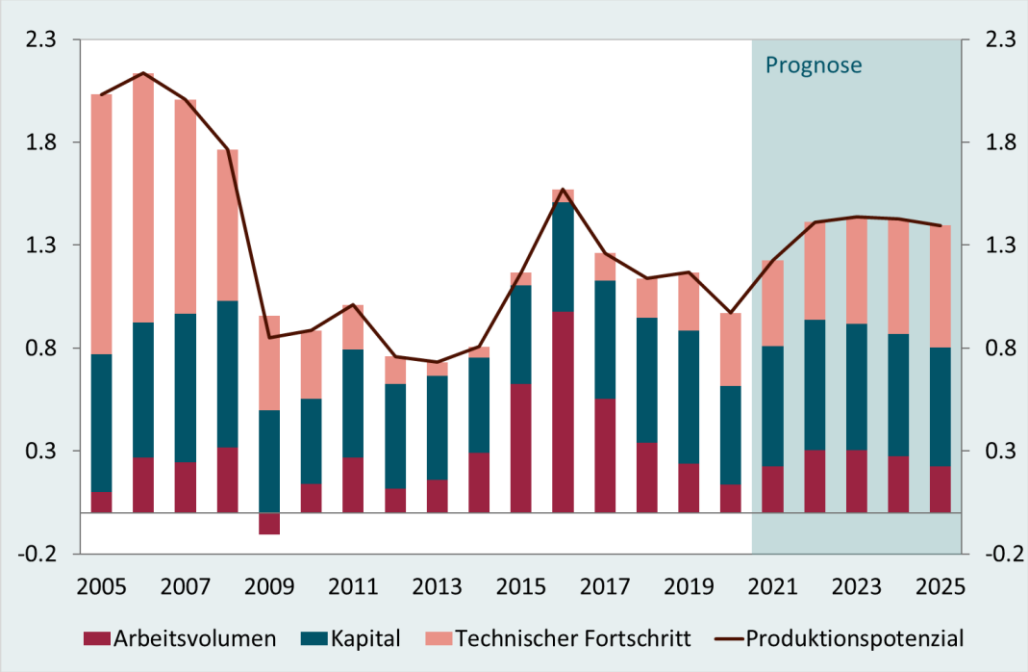
Wie der Anstieg der Arbeitslosigkeit im vergangenen Jahr, wird auch der starke Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen infolge der massiven Inanspruchnahme der Kurzarbeit als vorübergehend eingestuft. Der Trend einer leicht sinkenden durchschnittlichen Arbeitszeit dürfte sich aufgrund der zunehmenden Teilzeitbeschäftigung fortsetzen, allerdings mit abnehmender Rate. Im Jahr 2025 dürfte die trendmäßige durchschnittliche Arbeitszeit um gut 1 % niedriger sein als im Jahr 2020. Insgesamt dürfte das Arbeitsvolumen bis zum Ende des Prognosezeitraums um rund 2 % steigen.

Die lebhafte Investitionstätigkeit seit dem Jahr 2015 hat zu einer kräftigen Ausweitung des Kapitalstocks geführt. Die Corona-Pandemie hat zwar im Jahr 2020 zu einem

deutlichen Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen geführt, aber bereits in den Jahren 2021 und 2022 sollte sich die Investitionstätigkeit spürbar beleben, nicht zuletzt aufgrund der staatlichen Stützungsmaßnahmen. Daher schätzt das Institut, dass der gesamtwirtschaftliche Kapitalstock bis zum Jahr 2025 insgesamt um knapp 9 % bzw. um 1,7 % pro Jahr ausgeweitet wird.

Der technische Fortschritt hat in Österreich, wie in vielen anderen Industrieländern, in den vergangenen Jahren an Tempo eingebüßt. Der Digitalisierungsschub infolge der Corona-Pandemie dürfte die Produktivitätsentwicklung allerdings in den kommenden Jahren stützen. Dazu kommen Mittel aus dem Europäischen Wiederaufbaufonds, die einen Fokus auf Investitionen in den Bereichen Digitalisierung und Klimaschutz haben (vgl. Kapitel 7). Das Institut schätzt, dass sich das Wachstum des trendmäßigen technischen Fortschritts bis zum Jahr 2025 auf 0,6 % beschleunigen wird, nachdem die Rate im Zeitraum 2012 bis 2016 nur bei 0,1 % pro Jahr gelegen hatte.

***Abbildung 6: Produktionspotenzial und seine Determinanten***
*in Prozent bzw. Prozentpunkten*




Quelle: eigene Berechnungen

Auf Basis der beschriebenen Entwicklung der Bestimmungsfaktoren geht das Institut davon aus, dass das Produktionspotenzial im Krisenjahr 2020 um 1,0 % gewachsen ist, nach 1,2 % im Jahr 2019. Bis zum Jahr 2025 sollte sich das Wachstum auf 1,4 % beschleunigen, sodass sich für den Fünfjahreszeitraum 2021 bis 2025 ebenfalls ein Wachstum von 1,4 % pro Jahr ergibt. Wie Abbildung 6 zeigt, tragen mittelfristig der

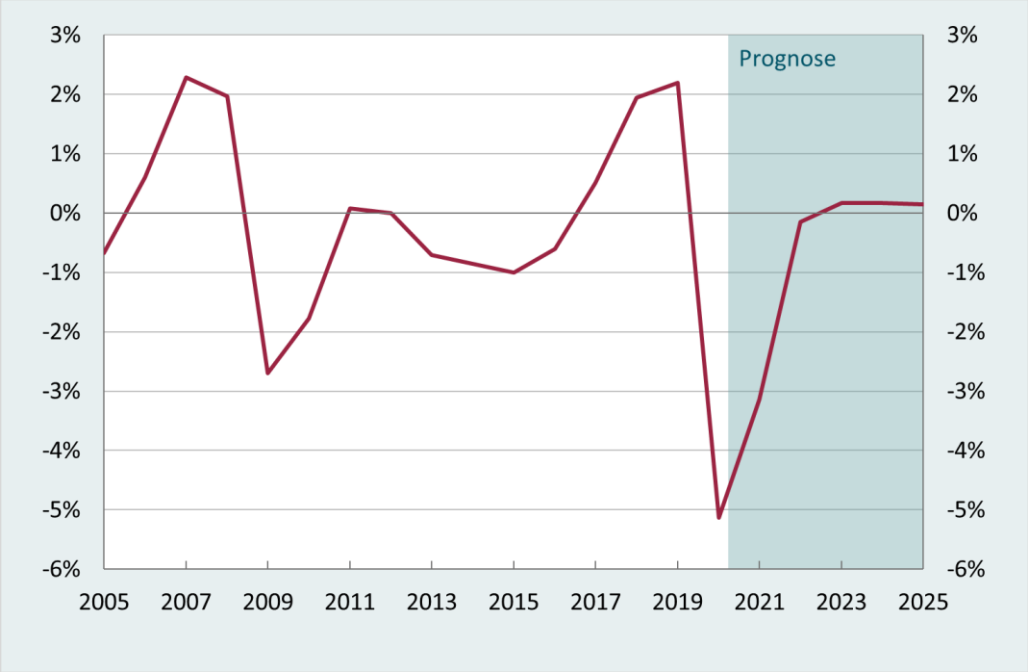
Kapitalstock und der technische Fortschritt etwa gleich viel zum Wachstum der Produktionsmöglichkeiten bei, während der Beitrag des Arbeitsvolumens geringer ist.

Im Gegensatz zur Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 dürfte die Corona-Pandemie die Produktionsmöglichkeiten deutlich weniger stark belasten. Dies impliziert, dass die bestehenden Produktionsstrukturen und Geschäftsmodelle nicht in großem Umfang obsolet geworden sind.

Die kräftige Rezession hat im vergangenen Jahr zu einem Einbruch der Kapazitätsauslastung geführt. Nachdem infolge des mehrjährigen Konjunkturaufschwungs die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten im Jahr 2019 noch um rund 2 % überausgelastet waren, ergeben die Schätzungen des Instituts für das Jahr 2020 eine Unterauslastung von etwa 5 % (Abbildung 7). Der erwartete markante Aufschwung lässt die Kapazitätsauslastung aber bereits im laufenden Jahr wieder merklich steigen, und im Jahr 2022 dürften die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten annähernd normal ausgelastet sein und dies bis zum Ende des Prognosezeitraums auch bleiben. Damit war die negative Produktionslücke in der Corona-Krise deutlich größer als im Jahr 2009 infolge der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber die Erholung dürfte diesmal wesentlich schneller erfolgen.

***Abbildung 7: Produktionslücke***

*Abweichung des realen Bruttoinlandsprodukts vom Produktionspotenzial in Prozent des Produktionspotenzials*




Quelle: eigene Berechnungen

# 3 Die internationale Konjunktur

## 3.1 Überblick

Vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie hatte sich die Weltwirtschaft dynamisch entwickelt. Durch den Rückgang um 3,3 % im Jahr 2020 hat sich der durchschnittliche Zuwachs der weltweiten Wirtschaftsleistung im Zeitraum 2016 bis 2020 aber auf 2,0 % verringert. Getragen wurde die Entwicklung von China und den anderen aufstrebenden Volkswirtschaften in Asien. Aber auch die Industrieländer verzeichneten ein solides Wachstum. Dieses erreichte im Aggregat der OECD-Länder durchschnittlich 0,7 % pro Jahr. Hingegen entwickelte sich die Konjunktur in vielen Ländern Lateinamerikas, des Nahen Ostens und Afrikas schwach.

In der EU-27 bzw. im Euroraum nahm die Wirtschaftsleistung zwischen 2016 und 2020 um durchschnittlich 0,4 % bzw. 0,2 % pro Jahr zu. Dabei brach das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2020 in der EU-27 um 6,1 % und im Euroraum um 6,5 % ein. Das solide Wachstum bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie brachte eine spürbare Reduktion der Arbeitslosigkeit im Euroraum mit sich. Die Arbeitslosenquote ging von 10,0 % im Jahr 2016 auf 7,5 % im Jahr 2019 zurück. Im Pandemiejahr 2020 stieg sie auf 7,8 %. Einen noch stärkeren Anstieg verhinderten umfangreiche Kurzarbeitsmodelle in vielen Ländern. Im Durchschnitt des Zeitraums 2016 bis 2020 belief sich die Arbeitslosenquote im Euroraum auf 8,5 % (Tabelle 2). Die Inflationsrate lag im gesamten Zeitraum unter dem bisherigen Zielwert der Europäischen Zentralbank von unter, aber nahe 2 % und schwankte zwischen 0,2 % (2016) und 1,8 % (2018). Im Durchschnitt des Fünfjahreszeitraums belief sie sich auf 1,0 %.

Das Volumen des globalen Warenhandels nahm im Zeitraum 2016 bis 2020 um 0,7 % pro Jahr zu. Bereits seit dem Jahr 2012 wächst der Welthandel schwächer als die Weltproduktion. In der jüngeren Vergangenheit dürften die Handelskonflikte zwischen den USA auf der einen Seite sowie China und der EU auf der anderen Seite dazu beigetragen haben. Im vergangenen Jahr hinterließen die Corona-Pandemie und der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU ihre Spuren im Welthandel.

***Tabelle 2: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum in Prozent***

| | 2016–2020 | 2021–2025 |
|---|---|---|
| BIP-Wachstum | 0,2 | 2,6 |
| Arbeitslosenquote | 8,5 | 7,5 |
| Inflation HVPI | 1,0 | 2,0 |

Quelle: Eurostat, ab 2021 Prognose des IHS

Der Erdölpreis unterlag in den vergangenen Jahren spürbaren Schwankungen. So stieg er zunächst von rund 45 US-Dollar pro Barrel Brent im Jahr 2016 auf 71,5 Dollar im Jahr 2018. Im Jahr 2020 führte die Rezession infolge der Corona-Pandemie zu einem vorübergehenden Einbruch des Ölpreises. Bereits Mitte 2021 kostete Erdöl aber wieder mehr als vor Ausbruch der Pandemie. Im Durchschnitt des vergangenen Fünfjahreszeitraums belief er sich auf 54,8 Dollar pro Fass. Der durchschnittliche USD/EUR-Wechselkurs betrug 1,14. Für den Zeitraum 2021 bis 2025 werden ein durchschnittlicher Ölpreis von 65,6 Dollar pro Barrel und ein Wechselkurs von 1,21 USD/EUR unterstellt.

Nachdem die Jahre 2021 und 2022 durch eine rasche Erholung von der Corona-Pandemie geprägt sein dürften, rechnet das Institut damit, dass die Weltwirtschaft ab dem Jahr 2023 wieder auf einen moderaten Wachstumspfad einschwenken wird. Im Verlauf dieses und des kommenden Jahres werden die im Zuge der Corona-Krise in vielen Ländern auf den Weg gebrachten fiskalpolitischen Stützungsmaßnahmen nach und nach auslaufen. Angesichts der niedrigen Staatsanleiherenditen besteht aber in den meisten Ländern kein großer Druck, die öffentlichen Haushalte rasch zu konsolidieren. Ein ausgesprochen restriktiver fiskalpolitischer Kurs ist also nicht zu erwarten. In der EU wirkt einer starken fiskalischen Restriktion auch das mittelfristig angelegte EU-Programm „Next Generation EU“ entgegen, das erst ab dem Jahr 2023 seine volle Wirkung entfalten wird. Auch für die Geldpolitik ist, vor allem in den Industrieländern, kein abruptes Ende des expansiven Kurses absehbar.

Im Zeitraum 2021 bis 2025 dürfte die Weltproduktion um 3,7 % pro Jahr zunehmen. Für die OECD-Länder beläuft sich die Prognose auf eine durchschnittliche Wachstumsrate von 2,9 % pro Jahr. In der EU-27 dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 2,7 %, im Euroraum um 2,6 % pro Jahr expandieren. Der Welthandel hat sich bereits von der Corona-Pandemie erholt. In diesem und im nächsten Jahr wird die wirtschaftliche Expansion zunehmend vom Dienstleistungssektor getragen, sodass sich die Zunahme des weltweiten Warenhandels relativ zum gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstieg deutlich verlangsamt. Für den weiteren Prognosezeitraum rechnet das Institut damit, dass der globale Warenhandel etwas schwächer als die Weltproduktion expandieren wird. Die temporären Unterbrechungen der Lieferketten infolge der Corona-Pandemie haben die Verletzlichkeit der globalen Vernetzung der Wertschöpfungsketten vor Augen geführt. Dies könnte dazu führen, dass die weltweite Integration der Produktionsprozesse zumindest nicht weiter fortschreitet. Für den Zeitraum 2021 bis 2025 ergibt sich aus diesen Faktoren eine Zunahme des Welthandels um 4,8 % pro Jahr.

Risiken für die Weltwirtschaft sind vor allem kurzfristig mit der Entwicklung der Corona-Pandemie verbunden. Mittelfristig wird in allen Regionen der Welt ausreichend Impfstoff zur Verfügung stehen. Sollten aber neue, resistente Virusvarianten entstehen, würde dies die Erholung der Weltwirtschaft spürbar beeinträchtigen. Trotz der kräftigen

Erholung in den Jahren 2021 und 2022 wird die Weltproduktion wohl dauerhaft niedriger sein, als es ohne die Pandemie zu erwarten gewesen wäre. Allerdings dürften die Einbußen deutlich geringer sein als in früheren Wirtschaftskrisen. So mussten etwa im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 aufgrund von Strukturanpassungen Teile des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks abgeschrieben werden. Diesmal ist nicht zu erwarten, dass es in großem Stil zu strukturellen Änderungen kommen wird. Allerdings verläuft die Erholung in den einzelnen Ländern und Regionen unterschiedlich schnell. Damit vergrößern sich die Disparitäten zwischen den Ländern weiter.

## 3.2 Länderprognosen

Die Corona-Krise hat eine der längsten wirtschaftlichen Expansionsphasen der **Vereinigten Staaten** abrupt unterbrochen. Die Wirtschaftsleistung stieg im Zeitraum 2016 bis 2020 um durchschnittlich 1,1 % pro Jahr, wobei die solide Expansion zwischen 2016 und 2019 mit im Schnitt 1,8 % BIP-Wachstum durch den Einbruch um 3,5 % im Jahr 2020 beendet wurde. Die Arbeitslosenquote stieg im selben Jahr auf 8,1 % von im Durchschnitt 4,2 %. Die Fed sah sich mit dem Ausbruch der Pandemie zu einer geldpolitischen Kehrtwende gezwungen. Die Bandbreite der Federal Funds Rate wurde im März 2020 von 1,5 %– 1,75 % auf 0 %– 0,25 % gesenkt und zusätzliche expansive geldpolitische Maßnahmen wurden beschlossen. Die Inflationsrate lag in den vergangenen fünf Jahren im Schnitt bei 1,8 %. Der Anstieg der Inflationsrate in der ersten Jahreshälfte 2021 (5,4 % im Juni) dürfte vorübergehend sein. Die Geldpolitik bleibt zwar weiterhin expansiv, wird aber voraussichtlich im Prognosezeitraum gestrafft.

Die USA zeichneten sich im Kampf gegen die Corona-Pandemie durch einen relativ raschen Impffortschritt aus, was die Konjunkturerholung begünstigt. Unterstützt durch das umfangreiche Fiskalpaket (*American Rescue Plan*) wird für die Jahre 2021 und 2022 ein starker Konjunkturaufschwung erwartet. Folglich geht das Institut davon aus, dass das BIP-Wachstum 2021 und 2022 mit 6,5 % und 3,8 % deutlich über dem Potenzialwachstum liegen wird. In den Folgejahren dürfte sich das Wirtschaftswachstum verlangsamen, sodass im Prognosezeitraum ein durchschnittliches jährliches BIP-Wachstum von 3,2 % erwartet wird. Ein Aufwärtsrisiko für die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung stellt das angekündigte Programm zur Erneuerung der Infrastruktur (*American Jobs Plan*) dar, welches zwei Billionen Dollar umfassen und über einen Zeitraum von acht Jahren umgesetzt werden soll.

In **Japan** ist die Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren infolge des starken Einbruchs im Jahr 2020 um durchschnittlich 0,3 % geschrumpft. Im Prognosezeitraum dürfte das BIP um durchschnittlich 1,6 % pro Jahr wachsen. Solide Unternehmensgewinne und die Arbeitskräfteknappheit sollten die Investitionstätigkeit erhöhen. Nach der Erholung am

Anfang der Prognoseperiode, getrieben von einer stärkeren Nachfrage nach Dienstleistungen, sind mittelfristig vom privaten Konsum nur schwache Konjunkturimpulse zu erwarten. Ein Grund ist die schrumpfende Bevölkerung. Obwohl die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in Japan in den letzten drei Jahren im Durchschnitt um rund 200.000 gestiegen ist, reicht das immer noch nicht aus, um auch nur die Hälfte des Rückgangs der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter auszugleichen. Eine steigende Erwerbsbeteiligung könnte helfen, einen Teil dieser Lücke zu schließen, langfristig wäre aber wohl eine stärkere Zuwanderung notwendig.

Die starke Auslandsnachfrage, insbesondere aus den USA und China, sollte zu einer dynamischen Entwicklung der japanischen Exporte in den nächsten Jahren führen. Die japanische Wirtschaft dürfte vom Freihandelsabkommen *Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP)* – die größte Freihandelszone der Welt mit einem Anteil von rund 30 % am Welthandel – profitieren. *RCEP* wurde im November 2020 von Japan und 14 anderen asiatischen Ländern (einschließlich China) unterzeichnet. Durch das Abkommen könnten die Handelsbeziehungen mit China neue Impulse bekommen. Zum Erreichen des Preisstabilitätszieles wird die *Bank of Japan* ihre ultralockere Geldpolitik voraussichtlich fortsetzen. Durch die niedrigen Zinssätze können auch die Auswirkungen der hohen Staatsverschuldung abgefedert werden.

Die Wirtschaft der **Volksrepublik China** ist in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 5,7 % gewachsen. Allerdings verlangsamte sich das Wachstumstempo in diesem Zeitraum kontinuierlich. Dies geht auf die Umsetzung des Reformprozesses sowie auf den wirtschaftlichen Einbruch im Jahr 2020 zurück. Kernpunkt bei dieser Reform war die angestrebte Umwandlung des chinesischen Wirtschaftsmodells von einer export- und investitionsgetriebenen hin zu einer stärker konsumgetriebenen Wirtschaft. Im Einklang mit den Zielen hat sich in den vergangenen fünf Jahren der Zuwachs der Investitionen deutlich abgeschwächt. Dagegen blieb das Wachstumstempo beim privaten Konsum hoch. Zusätzlich profitierte die chinesische Wirtschaft vom globalen Aufschwung in der güterverarbeitenden Industrie der letzten Jahre.

Im Prognosezeitraum dürfte in China das BIP-Wachstum im Durchschnitt 5,5 % betragen. Strukturprobleme, eine sehr hohe Schuldenlast, insbesondere in den Provinzen, Kreisen und Städten, die alternde Bevölkerung, das nachlassende Produktivitätswachstum und die zunehmenden internationalen Spannungen werden zu einer Verlangsamung des BIP-Wachstums im Prognosezeitraum führen. Um diesen Faktoren entgegenzuwirken, verfolgt die Regierung eine zweigleisige Entwicklungsstrategie (*Dual Circulation* Strategie). Diese zielt darauf ab, sowohl die Binnennachfrage anzukurbeln als auch die Exportmärkte zu bedienen. Laut jüngstem Fünfjahresplan soll das Wirtschaftswachstum weniger kredit- und mehr technologiegetrieben sein. Dabei sollen die Verschuldung abgebaut, die finanzielle und innenpolitische Stabilität gesichert und die Abhängigkeit

von ausländischen Technologien in strategischen Bereichen, wie der Halbleiterproduktion, verringert werden. Allerdings ist diese Politik mit Zielkonflikten verbunden. Auf der monetären Seite sieht der Fünfjahresplan vor, dass das Wachstum der Geldmenge mit dem nominellen BIP-Wachstum übereinstimmen soll, während die Kreditvergabe restriktiver werden soll.

Die Wirtschaft in **Deutschland** ist in den Jahren vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie solide gewachsen. Allerdings befand sich das Verarbeitende Gewerbe im Jahr 2019 in einer Rezession, wodurch das gesamtwirtschaftliche Wachstum nur noch 0,6 % betrug. Durch den Einbruch um 4,8 % im Jahr 2020 sank der Durchschnitt im Fünfjahreszeitraum 2016 bis 2020 auf 0,3 %. Die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition, die von 6,1 % im Jahr 2016 auf 5,0 % im Jahr 2019 zurückgegangen war, stieg im Jahr 2020 auf 5,9 %. Für den Fünfjahreszeitraum ergibt sich ein Durchschnitt von 5,6 %. Die Inflationsrate war im gesamten Zeitraum deutlich niedriger als im gesamten Euroraum. Der höchste Wert wurde mit 1,7 % im Jahr 2018 erreicht, der niedrigste mit 0,5 % in den Jahren 2016 und 2020. Im Durchschnitt stiegen die Verbraucherpreise um 1,1 % pro Jahr.

Die beiden ersten Jahre des Prognosezeitraums werden durch die wirtschaftliche Erholung von der Corona-Pandemie geprägt. Das Institut erwartet BIP-Wachstumsraten von 3,7 % bzw. 4,5 %. Getrieben wird die Expansion zunächst vor allem vom Verarbeitenden Gewerbe, das sich bereits im Jahr 2020 merklich erholt hat. Im Laufe des Jahres werden auch jene Wirtschaftsbereiche, die stark unter den Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen gelitten hatten, mehr und mehr die Konjunktur stützen. In den folgenden Jahren bremst der demografische Wandel das Wachstum. Daher wird auch der Beschäftigungsaufbau, selbst bei steigender Erwerbsbeteiligung, nicht mehr so kräftig ausfallen wie in den vergangenen Jahren. Dies bremst auch den privaten Konsum. Die Anlageinvestitionen werden angesichts des mäßigen Wachstums des Bruttoinlandsprodukts ebenfalls keine allzu starke Dynamik entfalten. Nach der kräftigen Erholung von ihrem pandemiebedingten Einbruch in den Jahren 2021 und 2022 werden die Exporte auf einen gemäßigten Wachstumspfad einschwenken. Sie profitieren zwar nach wie vor von der hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie, ihr Wachstum dürfte sich aber im Einklang mit dem nur moderat zunehmenden Welthandel im Vergleich mit dem Zeitraum vor der Pandemie etwas abschwächen. Für den Zeitraum 2023 bis 2025 erwartet das Institut ein Wirtschaftswachstum von 1,2 % pro Jahr, woraus sich für den gesamten Zeitraum eine durchschnittliche Expansion von 2,3 % ergibt.

**Italien** befand sich vor der Corona-Krise auf einem äußerst verhaltenen Wachstumspfad. Der Aufschwung nach der Finanzkrise 2008/2009 und der Eurokrise 2011/2012 verlief vergleichsweise langsam. Im Zeitraum 2016 bis 2019 lag das BIP-Wachstum durchschnittlich bei 0,8 % pro Jahr. Die Corona-Krise löste einen heftigen

Wirtschaftseinbruch von 8,9 % im Jahr 2020 aus. Mittlerweile zeichnet sich eine Erholung ab. Der Impffortschritt und die Lockerung behördlicher Restriktionen vor dem Hochsommer ermöglichen vor allem eine Wiederaufnahme wirtschaftlicher Aktivitäten im kontaktintensiven Dienstleistungsbereich, insbesondere im Tourismus. Der Aufschwung dürfte sich 2021 und 2022 in einem BIP-Wachstum um jeweils 4,5 % manifestieren.

Die mittelfristige Entwicklung wird auch von der Umsetzung der Maßnahmen des nationalen Wiederaufbauplans (*Piano Nazionale di Ripresa e Resilienza*) abhängen. Mit dem Wiederaufbauplan sind substanzielle Investitionen verbunden, welche hauptsächlich durch „Next Generation EU"-Mittel finanziert werden (200 Mrd. Euro) und das niedrige Produktivitätswachstum anheben dürften. Durch die Investitionen in die physische und soziale Infrastruktur sowie durch Strukturreformen könnte das Wirtschaftswachstum in den nächsten Jahren über dem Trend der vergangenen Jahre liegen. Für den Fall eines Endes der vorteilhaften Finanzierungsbedingungen bestehen Risiken für die Staatsschuldentragfähigkeit, weshalb ein glaubwürdiger Plan zur mittelfristigen Reduktion der Staatsschuldenquote erforderlich ist. Für den Zeitraum 2021 bis 2025 geht das Institut von einem durchschnittlichem jährlichen BIP-Wachstum von 2,6 % aus.

**Frankreichs** Wirtschaft schrumpfte zwischen 2016 und 2020 im Durchschnitt um 0,2 % pro Jahr. Der durch die Corona-Krise bedingte BIP-Einbruch von 7,9 % im Jahr 2020 folgte auf eine Periode soliden Wirtschaftswachstums seit 2016 von im Schnitt 1,4 % pro Jahr. Der stetige Rückgang der Arbeitslosenquote seit dem Höchststand im Jahr 2015 (10,4 %) wurde durch die Rezession unterbrochen. Im Jahresdurchschnitt lag sie aber mit 8,0 % noch unter den Vorjahren und damit nahe bei den Schätzungen für die natürliche Arbeitslosenquote.

Seit dem Frühsommer setzt die Wirtschaft zu einem Aufschwung an, welcher nach Einschätzung des Instituts in den Jahren 2021 und 2022 zu einem BIP-Wachstum von 5,8 % und 4,0 % führen dürfte. Nach den Lockerungsmaßnahmen im Mai und im Juni wird die Erholung durch den Konsum der privaten Haushalte und die Wiederbelebung der Investitionen sowie durch einen fiskalischen Impuls angeschoben. Darüber hinaus werden auch vom mittelfristigen Wiederaufbauplan (*France Relance*), welcher sich auf ein Volumen von 100 Mrd. Euro beläuft (davon 40 Mrd. Euro von der EU), Impulse erwartet. Angebotsseitige Maßnahmen wie Investitionen in die Infrastruktur, Digitalisierung und Bildung sollten einen positiven Effekt auf das Potenzialwachstum entfalten. Zudem ist eine Senkung der Unternehmenssteuern geplant, während die Reform des Pensionssystems (Anhebung des Pensionsantrittsalters, Vereinheitlichung) aufgrund der Corona-Krise verschoben wurde und noch aussteht. Die französische

Wirtschaft wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um im Durchschnitt 2,8 % pro Jahr wachsen.

Die Wirtschaftsleistung im **Vereinigten Königreich** verzeichnete aufgrund des starken Einbruchs im Jahr 2020 in den vergangenen fünf Jahren einen durchschnittlichen Rückgang um 0,8 %. Dabei betrug das Wachstum im Zeitraum 2016 bis 2019 1,5 % pro Jahr. Die Konjunktur wies damit eine im Vergleich zu den großen Industrieländern eher moderate Dynamik auf. Insbesondere die Entscheidung für den Brexit im Juni 2016 dürfte dämpfend auf das Wachstum gewirkt haben. Die *Bank of England* (BoE) senkte, auch als Reaktion auf die Brexit-Entscheidung, im August 2016 den Leitzinssatz von 0,50 % auf 0,25 %, später hob sie den Reposatz wieder an und als Reaktion auf die Corona-Krise senkte sie ihn schließlich im Frühjahr des vergangenen Jahres auf 0,1 %. Im Vereinigten Königreich hat die Regierung im Vorjahr erst spät Maßnahmen zur Eindämmung der Krise ergriffen und musste einen im internationalen Vergleich starken Wirtschaftseinbruch von 9,8 % hinnehmen. Die aktuellen Werte der Markit*/CIPS* Stimmungsindikatoren für das Verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor deuten jedoch mit Höchstwerten seit mehr als zehn Jahren auf eine deutliche Wirtschaftserholung hin.

Die Konjunktur wird neben coronaspezifischen Entwicklungen insbesondere durch die Folgen des Brexit beeinflusst. Zu Jahresbeginn kam es mit dem Ausscheiden aus dem Europäischen Binnenmarkt zu erheblichen Friktionen im Handel mit der EU, wodurch auch die Industrieproduktion stark belastet wurde. Einige der Probleme dürften sich zwar als temporär erweisen, die Tragfähigkeit der bislang getroffenen Vereinbarungen ist aber immer noch unsicher bzw. manche Konkretisierungen stehen noch vollkommen aus, insbesondere im Bereich der Finanzdienstleistungen. Im Prognosezeitraum dürfte die Wirtschaft in Reaktion auf den starken Einbruch im vergangenen Jahr zunächst relativ kräftig wachsen und anschließend moderate Wachstumsraten verzeichnen. Insgesamt sollte die Wirtschaft in der Prognoseperiode um durchschnittlich 3,3 % pro Jahr wachsen.

In den Jahren 2016 bis 2020 wuchs die Wirtschaft der **Schweiz** um durchschnittlich 1,0 % pro Jahr. Im Zeitraum 2016 bis 2019 betrug das durchschnittliche Wirtschaftswachstum 2,2 %. Treiber des Wachstums waren vor allem der private Konsum und der Außenhandel. Der im Gegensatz zu vielen anderen Ländern nur moderate Rückgang im vergangenen Jahr (−2,7 %) ist hauptsächlich auf den positiven Beitrag des Außenhandels zurückzuführen, insbesondere auf die starken Exporte von chemischen und pharmazeutischen Produkten. Die Schweizerische Nationalbank dürfte mit ihren Interventionen am Devisenmarkt dafür verantwortlich sein, dass der Franken im Zuge der Corona-Krise nicht stärker aufgewertet hat. Insgesamt hat sich das Krisenjahr 2020 am Arbeitsmarkt zwar negativ niedergeschlagen, die nationale Arbeitslosenquote war jedoch mit 3,1 %

nicht höher als etwa im Jahr 2017 und niedriger als in den beiden vorangehenden Jahren (3,2 % bzw. 3,3 %).

Bereits im ersten Halbjahr des laufenden Jahres hat ein kräftiger Wirtschaftsaufschwung eingesetzt, der vor allem durch den privaten Konsum und die Warenexporte gestützt wird. Sowohl im laufenden als auch im kommenden Jahr wird das Wachstum aufgrund des Einbruchs im vergangenen Jahr wohl recht kräftig ausfallen und deutlich oberhalb des Potenzialwachstums liegen. Danach wird die Wirtschaft etwas langsamer expandieren und sollte im Durchschnitt der kommenden fünf Jahre ein durchschnittliches Wachstum von 2,2 % erzielen.

Nach einem nur moderaten BIP-Anstieg um 2,6 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre, bedingt durch die schwere Wirtschaftskrise im Jahr 2020, dürfte sich das Wirtschaftswachstum in den nicht dem Euroraum angehörenden **mittel- und osteuropäische EU-Mitgliedstaaten** (NMS-6) deutlich beschleunigen und im Durchschnitt der Jahre 2021 bis 2025 3,7 % betragen. Damit bleibt das Wachstumsdifferenzial gegenüber dem Euroraum bei einem Prozentpunkt und die Konvergenz sollte weiter fortschreiten. Die steigende Arbeitsproduktivität sowie die damit einhergehende allmähliche Annäherung des Lohnniveaus an den EU-Durchschnitt werden den Aufholprozess unterstützen.

Nach dem Einbruch der Konjunktur im Jahr 2020 dürfte die Wirtschaftsleistung der mittel- und osteuropäischen Länder in diesem und im nächsten Jahr kräftig steigen und in den darauffolgenden Jahren moderat zunehmen. Die treibende Kraft der Wirtschaftsdynamik bleibt in allen Ländern die Inlandsnachfrage. Konjunkturstützend dürfte auch die wachsende Auslandsnachfrage wirken. Der öffentliche Konsum und der nach dem Einbruch im Vorjahr wieder belebte private Konsum tragen das Wachstum. Die Implementierung von Investitionsprojekten im Rahmen des „Next Generation EU"-Programms sowie des EU-Haushalts 2021 bis 2027 dürften die Wirtschaftsleistung in diesen Ländern im Prognosezeitraum unterstützen.

Dabei belaufen sich die Zuschüsse aus der Aufbau- und Resilienzfazilität der EU zwischen 23,9 Mrd. Euro (4,5 % des BIP) in Polen, 14,2 Mrd. Euro (6,4 % des BIP) in Rumänien und 1,8 Mrd. Euro (3,7 % des BIP) in Slowenien. Gemessen an dem Anteil am BIP bekommen Kroatien (11,3 % des BIP bzw. 6,3 Mrd. Euro) und Bulgarien (10,3 % des BIP bzw. 6,3 Mrd. Euro) die höchsten Zuschüsse unter den osteuropäischen Ländern. Im Mittelfeld befinden sich die Slowakei mit 6,3 Mrd. Euro (6,7 % des BIP), Ungarn mit 7,2 Mrd. Euro (4,9 % des BIP) und Tschechien mit 7,1 Mrd. Euro (3,1 % des BIP).

Der aufgrund der demografischen Entwicklung zunehmende Mangel an Arbeitskräften, die notwendige Rückführung der fiskalpolitischen Unterstützungsmaßnahmen und die gestiegene Verschuldung der Unternehmen und der privaten Haushalte dämpfen

hingegen die wirtschaftliche Dynamik. Infolge eines steigenden Inflationsdrucks ist mit einer Straffung der Geldpolitik in Tschechien, Polen und Ungarn im Laufe dieses Jahres und im nächsten Jahr zu rechnen.

Nach dem krisenbedingten kräftigen Anstieg der Schuldenquoten dürfte die Fiskalpolitik im Prognosezeitraum in allen Ländern der Region gestrafft werden. Die Situation ist aber von Land zu Land unterschiedlich. Während die Schuldenquoten in Kroatien, Ungarn und Slowenien im Jahr 2020 über 80 % des BIP betrugen, lagen sie in Bulgarien, Tschechien und Rumänien mit Werten unter 50 % des BIP auf einem moderaten Niveau.

Die Automobilindustrie ist mit einem hohen Anteil an der Industrieproduktion und den Exporten ein wichtiger Wirtschaftszweig in allen mittel- und osteuropäischen Ländern. Zurzeit befindet sich diese Branche aber im Umbruch. Der Umstieg der Produktion auf Elektromobilität, die Digitalisierung und das automatisierte Fahren bedeuten für diese Länder tiefgreifende Transformationsprozesse innerhalb der Industrie und verstärken mittelfristig die Herausforderungen für die Arbeitsmärkte der Region. Dabei wird es entscheidend sein, den Wandel erfolgreich zu bewältigen und wettbewerbsfähig zu bleiben.

Nach einem BIP-Anstieg um durchschnittlich 1,4 % in den Jahren 2016 bis 2020 sollte sich die Expansion der Wirtschaftsleistung in **Tschechien** in den Jahren 2021 bis 2025 auf 3,2 % beschleunigen. Die öffentlichen Investitionen und der private Konsum tragen das Wachstum. Die zusätzlichen nationalen Investitionsförderungen setzen Anreize für Investitionen in neue Technologien sowie in Forschung und Entwicklung. Die Industrie dürfte von der kräftigen Auslandsnachfrage, insbesondere aus Deutschland, profitieren.

In den vergangenen fünf Jahren ist das BIP in **Ungarn** um 2,2 % pro Jahr gestiegen. Infolge einer dynamischen Inlands- und Auslandsnachfrage dürfte das Wirtschaftswachstum im Prognosezeitraum robust bleiben und im Durchschnitt 4,0 % betragen. Die Investitionen in der Automobilindustrie sowie die öffentlichen Investitionen, angetrieben durch die Fördermittel der EU, werden im Prognosezeitraum die Hauptwachstumstreiber sein. Die während der Corona-Krise gebildeten Ersparnisse der privaten Haushalte dürften den privaten Konsum stützen.

In **Polen** dürfte sich das Wirtschaftswachstum nach 3,0 % in den vergangenen fünf Jahren im Prognosezeitraum auf 3,7 % pro Jahr beschleunigen. Das Wachstum wird am Anfang des Prognosezeitraums vom Konsum gestützt, getrieben durch Lohnsteigerungen. Neue Steueranreize werden die Investitionen der KMU wohl anregen und die EU-Mittel dürften die öffentlichen Investitionen unterstützen.

Im Fünfjahres-Durchschnitt 2016 bis 2020 ist die Wirtschaftsleistung der **Slowakei** um 1,3 % gestiegen. Im Prognosezeitraum dürfte das BIP mit 3,8 % deutlich stärker

zunehmen. Da einige Automobilhersteller planen, ihre Kapazitäten zu erweitern und weitere Investitionen in Richtung E-Mobilität vorzunehmen, dürften in den kommenden Jahren neue Arbeitsplätze geschaffen und dadurch die Arbeitslosigkeit weiter gesenkt werden.

Für **Slowenien** wird in den Jahren 2021 bis 2025 ein durchschnittliches Wachstum von 3,7 % erwartet, womit eine Beschleunigung gegenüber den letzten fünf Jahren (1,9 %) verzeichnet werden dürfte. Wachstumsmotoren werden die Investitionen, der öffentliche Konsum und der Außenhandel sein. Große öffentliche Investitionsprojekte, wie die Fertigstellung des Karawankentunnels bis zum Jahr 2025, dürften das BIP-Wachstum stützen.

In den vergangenen fünf Jahren ist das BIP in **Rumänien**, trotz des Einbruchs im Jahr 2020, um durchschnittlich 3,3 % pro Jahr gestiegen. Im Prognosezeitraum dürfte sich das durchschnittliche BIP-Wachstum auf 4,1 % belaufen. Impulse gehen von den in der Umsetzung befindlichen Autobahninvestitionen sowie von weiteren Infrastrukturinvestitionen aus. Da bisher weniger als 50 % der zur Verfügung stehenden EU-Mittel aus der Förderperiode 2014 bis 2020 abgerufen wurden, dürfte Rumänien bis Ende 2023 die verbleibenden Fördergelder für unterschiedliche Projekte verwenden.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre expandierte das BIP in **Kroatien** um 0,8 %. Nach dem starken Einbruch im Vorjahr dürfte sich der Tourismus in diesem und in den folgenden Jahren langsam erholen und das BIP-Wachstum stützen. Auch die Investitionen, kofinanziert durch EU-Fördermittel, sollten sich dynamisch entwickeln. Insgesamt könnte die Wirtschaft im Durchschnitt der Jahre 2021 bis 2025 um 3,8 % wachsen. Kroatien wurde im Vorjahr in den Europäischen Währungsmechanismus WKM II aufgenommen und wird im Prognosezeitraum voraussichtlich dem Euroraum beitreten.

Nach einem BIP-Anstieg um 1,9 % im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre dürfte die Wirtschaft in **Bulgarien** im Prognosezeitraum ein Wachstum von 3,0 % pro Jahr verzeichnen. Die Inlandsnachfrage sollte mit einem nach der Pandemie wiederbelebten Tourismus die Konjunktur stützen. Nach der Aufnahme Bulgariens in den Europäischen Währungsmechanismus WKM II im Vorjahr wird mit einem Beitritt des Landes zum Euroraum im Prognosezeitraum gerechnet.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 0,7 % verzeichnet. Im Prognosezeitraum wird die gesamtwirtschaftliche Produktion voraussichtlich mit 2,3 % pro Jahr expandieren. Wichtige Wachstumsstützen dürften dabei neben dem privaten Konsum öffentliche Großinvestitionen sein, deren Implementierung infolge der Corona-Krise verzögert wurde. Nach der rückläufigen Entwicklung der Realeinkommen im Vorjahr wird für heuer und das kommende Jahr

infolge fiskalischer Impulse und schnell wachsender Verbraucherkredite eine Erholung erwartet. Allerdings dürfte das Vorkrisenniveau der Realeinkommen erst Ende 2022 erreicht werden. Die Exporte bekommen durch die kräftige globale Nachfrage nach Rohstoffen, die voraussichtliche Erhöhung der Öl-Fördermenge in diesem Jahr und das Auslaufen des OPEC+-Produktionsabkommens im nächsten Jahr zusätzliche Impulse.

***Tabelle 3: Internationale Rahmenbedingungen***

*Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent*

| | 2016–2020 | 2021–2025 |
|---|---|---|
| BIP, real | | |
| Deutschland | 0,3 | 2,3 |
| Italien | −1,0 | 2,6 |
| Frankreich | −0,2 | 2,8 |
| Vereinigtes Königreich | −0,8 | 3,3 |
| Schweiz | 1,0 | 2,2 |
| USA | 1,1 | 3,2 |
| Japan | −0,3 | 1,6 |
| China | 5,7 | 5,5 |
| Polen | 3,0 | 3,7 |
| Slowakei | 1,3 | 3,8 |
| Tschechien | 1,4 | 3,2 |
| Ungarn | 2,2 | 4,0 |
| Slowenien | 1,9 | 3,7 |
| MOEL-5[i] | 2,4 | 3,7 |
| Bulgarien | 1,9 | 3,0 |
| Rumänien | 3,3 | 4,1 |
| Kroatien | 0,8 | 3,8 |
| Russland | 0,7 | 2,3 |
| Euroraum | 0,2 | 2,6 |
| NMS-6[ii] | 2,6 | 3,7 |
| EU-27 | 0,4 | 2,7 |
| OECD | 0,7 | 2,9 |
| Welt | 2,0 | 3,7 |
| Welthandel (Waren laut CPB) | 0,7 | 4,8 |
| Österreichische Exportmärkte | 1,2 | 5,2 |
| USD/EUR Wechselkurs[iii] | 1,14 | 1,21 |
| Rohölpreis[iii] | 54,8 | 65,6 |

[i] MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

[ii] NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

[iii] absolute Werte

Quellen: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, ab 2021 Prognose des IHS

# 4 Die österreichische Außenwirtschaft

Die **österreichische Außenwirtschaft** verzeichnete vor dem Ausbruch der Corona-Krise im Einklang mit der internationalen Entwicklung ein solides Wachstum. Zwischen 2016 und 2020 betrug der durchschnittliche Zuwachs der Exporte i. w. S. 1,1 % pro Jahr. Die Warenexporte nahmen im selben Zeitraum im Schnitt um 1,7 % zu. Getrübt wurde die zunächst solide Entwicklung durch den Einbruch im Jahr 2020, welcher bei den Exporten i. w. S. 10,0 % und bei den Warenexporten 6,4 % betrug. Eindämmungsmaßnahmen und Grenzschließungen beeinträchtigten den weltweiten Warentransport, unterbrachen globale Lieferketten und brachten den internationalen Flug- und Reiseverkehr zeitweise gänzlich zum Erliegen. Mit einem Einbruch von 39,6 % im Jahr 2020 waren die Reiseverkehrsexporte am stärksten von der Corona-Krise betroffen.

Die Wiederbelebung des weltweiten Warenhandels und der Industrieproduktion ließ nach dem Einbruch im ersten Halbjahr 2020 nicht lange auf sich warten. Demnach lag das globale Handelsvolumen im ersten Quartal 2021 bereits um 6,6 % über dem Wert des Vorjahres. Aktuell weisen viele Konjunkturindikatoren auf eine Beschleunigung der außenwirtschaftlichen Dynamik hin, welche voraussichtlich auch noch im Jahr 2022 anhalten und danach abflachen wird. Im Prognosezeitraum dürfte das jährliche Wachstum der Warenexporte im Schnitt bei 5,0 % liegen. Die Erholung der Reiseverkehrsexporte folgt nach den schrittweisen Öffnungen über den Sommer, nachdem der ausländische Wintertourismus infolge des Lockdowns durch einen Stillstand gezeichnet war. Im Prognosezeitraum wird ein durchschnittlicher jährlicher Anstieg der Reiseverkehrsexporte von 10,7 % erwartet. Während die Warenexporte voraussichtlich schon im Jahr 2021 leicht über dem Vorkrisenniveau liegen, dürften die Reiseverkehrsexporte voraussichtlich erst am Ende des Prognosehorizonts den Status quo ante wieder annähernd erreichen. Das erwartete Wachstum der Exporte i. w. S. von im Durchschnitt 5,3 % pro Jahr impliziert, dass der Exportmarktanteil im Prognosezeitraum gehalten wird.

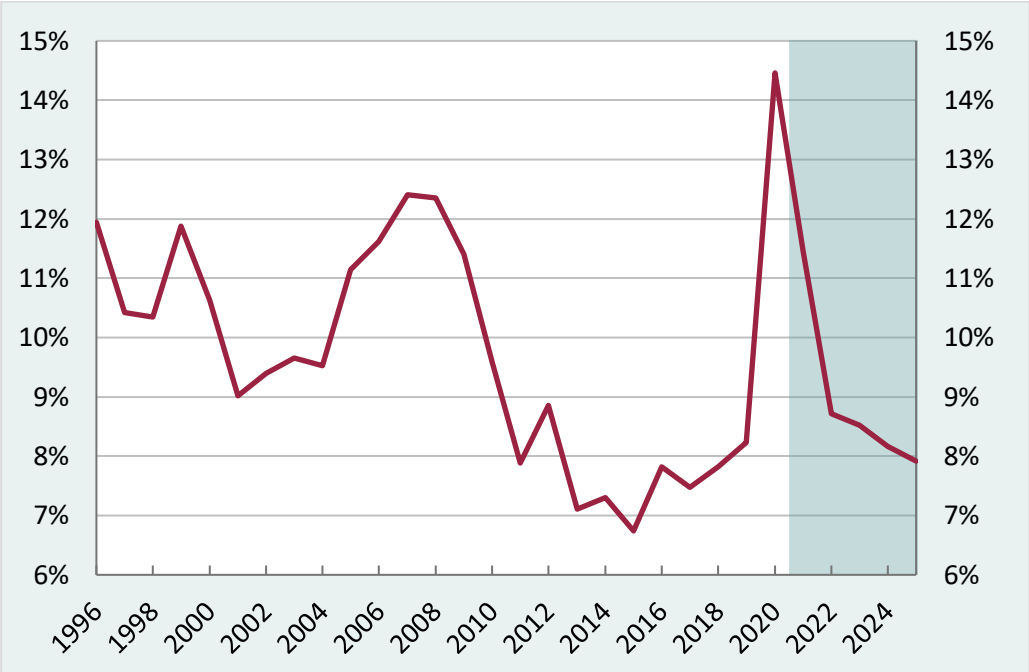
Nach einem kräftigen Aufschwung der Importe in den Jahren 2021 und 2022 werden sich die jährlichen Wachstumsraten über den restlichen Prognosehorizont voraussichtlich normalisieren. Das Institut erwartet zwischen 2021 und 2025 ein durchschnittliches Wachstum der realen Importe i. w. S. von 5,4 %. Damit würde bereits im kommenden Jahr das Vorkrisenniveau wieder erreicht werden. Die Reiseverkehrsimporte werden das Vorkrisenniveau voraussichtlich erst gegen Ende des Prognosehorizonts erreichen.

# 5 Perspektiven der Inlandskonjunktur

Im Prognosezeitraum wachsen die real verfügbaren Einkommen der Haushalte im jährlichen Mittel um 1,4 %, was auch in etwa dem längerfristigen Mittelwert dieser Expansionsrate entspricht. Die mittlere jährliche Expansionsrate für den realen **Konsum der privaten Haushalte** übertrifft mit 2,8 % diese Wachstumsrate der Einkommen bei weitem. Sie ist aber in Zusammenhang zu sehen mit der Pandemie und ihren schweren Beschränkungen für die Konsumtätigkeit im Jahr 2020, also gerade vor Beginn des Prognosezeitraums. In den fünf Prognosejahren folgen zwei Phasen aufeinander. Die erste besteht aus den Jahren 2021 und 2022, in denen die Pandemie und die dadurch motivierten Lockdowns noch stark nachwirken. Die Haushalte konsumieren in dieser Phase einen Teil ihrer in den Lockdowns zurückgehaltenen Nachfrage. In beiden Jahren übersteigt das Konsumwachstum das Einkommenswachstum deutlich, da ja die Einkommen 2020 keineswegs so stark wie der Konsum eingebrochen sind. Die zweite Phase besteht aus den Jahren 2023 bis 2025, in denen die Dynamik der Haushaltsnachfrage wieder den Realeinkommen folgt. Als Folge dieser Unterschiede in der Dynamik der Einkommen und der Konsumausgaben fällt auch die **Sparquote der Haushalte** in der ersten Phase von ihrem Rekordniveau aus steil ab und nähert sich in der zweiten Phase ihrem langfristigen Zielwert ganz allmählich. Über den Prognosezeitraum ist das Mittel der Haushaltssparquote 9 %, wobei nur der Wert für 2021 noch darüber liegt, alle folgenden jedoch darunter. Der Zielwert der Haushalte für die Sparquote dürfte bei etwas unter 8 % liegen. Das vergleichsweise kleine Aggregat **Eigenkonsum der Dienste ohne Erwerbscharakter** wächst im Prognosezeitraum mit 2,3 % pro Jahr, also etwas langsamer als der Konsum der Haushalte.

Abbildung 8 zeigt die Entwicklung der Haushaltssparquote seit 1996, wobei es sich bei den letzten fünf Werten um Prognosen handelt. Es wird deutlich, dass diese Kenngröße markanten längerfristigen Zyklen unterliegt. Zuletzt ist sie In der Folge der globalen Finanzkrise stark abgefallen und erlebte ihren Tiefststand mit unter 7 % im Jahr 2015. Von dieser Talsohle ausgehend, baute sich die Sparquote langsam wieder auf und erreichte vor der Pandemie 8,3 %. Während der moderate Konsumverzicht dieser Jahre freiwillig war, als die Haushalte einen gewissen Aufbau ihrer Sparpolster vorzogen, war das Verhalten im Corona-Jahr 2020 weitgehend fremdbestimmt, denn das Konsumieren war in gewissen Kategorien während längerer Zeiträume gar nicht oder nur mit Einschränkungen möglich. Nur ein kleiner Teil der solcherart ausgefallenen Nachfrage konnte im Anschluss kompensiert werden, als der Handel wieder öffnen durfte; vor allem viele Dienstleistungen wurden nachhaltig eingespart.

***Abbildung 8: Sparquote der privaten Haushalte***




Quellen: Statistik Austria, ab 2021 Prognose des IHS

Abgesehen von der deutlich erkennbaren Reaktion der österreichischen Haushalte auf Änderungen ihrer Einkommen und dem unausweichlichen Ausbleiben eines wesentlichen Teils des Konsums angesichts geschlossener Geschäfte, sind viele andere mögliche und in internationalen Studien genannte Effekte auf die Haushaltsnachfrage nicht gesichert. Weder steigende oder fallende Arbeitslosigkeit noch die Sorge um den Schuldenstand der öffentlichen Hand haben in Österreich eine statistisch gesicherte Reaktion der Haushalte im Aggregat zur Folge. Ebenso dürfte im Prognosezeitraum ein aus Ländern mit hohem Preisauftrieb bekannter konsumdämpfender Verwirrungseffekt durch Inflation keine Rolle spielen, einfach weil die Preise dafür auch weiterhin nicht stark genug steigen.

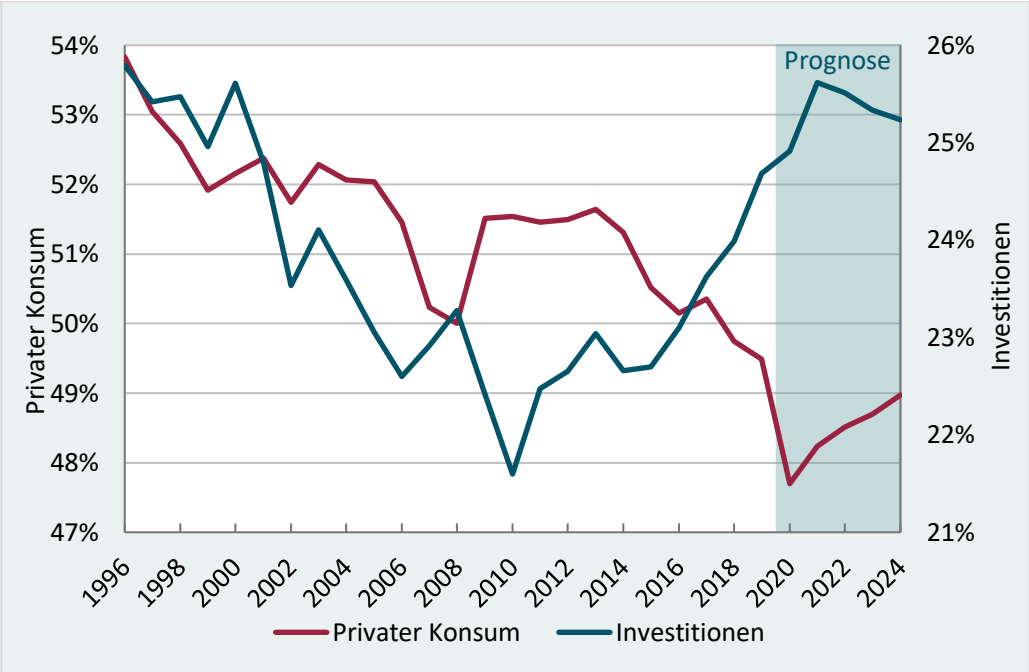
Eine gewisse Rolle für die Bewegungen der Haushaltssparquote spielen jedoch zwei wesentliche Determinanten: erstens die Dynamik der verfügbaren Haushaltseinkommen selbst, zweitens deren Aufteilung zwischen Arbeitseinkommen und Gewinneinkommen. Die Dynamik der Haushaltseinkommen ist im Prognosezeitraum ruhig und insgesamt zufriedenstellend. Abgesehen vom Jahr 2021, in dem die Corona-Krise noch weiterwirkt, liegen die realen jährlichen Zuwachsraten bei über 1 %. Ein Anreiz zur Befriedigung der Konsumausgaben durch Reduktion der Ersparnisse besteht also nicht. Von der Verteilung zwischen Löhnen und Gewinnen gehen ebenfalls nur geringe Impulse auf das Konsumverhalten aus. Grundsätzlich sind Lohneinkommen konsumwirksamer als Gewinne. Im Jahr der Corona-Rezession 2020 brachen die Löhne stärker ein als die

Gewinne. In den Folgejahren wachsen die Lohneinkommen zunächst etwas schneller, danach aber wieder etwas langsamer als die Gewinne. Die Effekte bleiben insgesamt gering. In Abwesenheit solcher Impulse strebt die Haushaltssparquote ihrem Sollwert von derzeit knapp 8 % zu.

Eine fallende Haushaltssparquote bedeutet gleichzeitig einen steigenden Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Haushaltseinkommen. Abbildung 9 zeichnet allerdings für den Anteil der Konsumnachfrage am gesamtwirtschaftlichen Output im Prognosezeitraum ein anderes Bild. Dieser Anteil ist hier zum Vergleich gemeinsam mit dem Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt dargestellt. Sowohl **Konsumquotient** als auch **Investitionsquotient** werden zu laufenden Preisen, also nominell, gemessen. Diese Quotienten gehören historisch zu den sogenannten „großen Quotienten“ [1] und werden häufig als möglicherweise langfristig konstante (stationäre) Kennzahlen einer Ökonomie angesehen. In Österreich haben jedenfalls beide Quotienten bis 2010 tendenziell abgenommen, wobei speziell der Konsumquotient einen Rückgang von rund 54 % auf rund 49 % zeigt. Diese gemeinsame relative Abwärtsbewegung der beiden wichtigen Inlandsaggregate widerspiegelt saldenmechanisch die gleichzeitige Verbesserung der Leistungsbilanz. Zusätzlich ist der Konsumquotient auch vom Angebot öffentlicher Güter bestimmt: wenn die öffentliche Hand Leistungen Privater, etwa im Bildungssektor, übernimmt, dann reduziert das den Konsumquotienten zu Lasten des Anteils des öffentlichen Konsums. Im Gegensatz zum Investitionsquotienten setzte der Konsumquotient auch nach 2010 seine Talfahrt fort und fiel dann nochmals im Zuge der Pandemie stark ab, auf unter 48 %. Im Prognosezeitraum steigt er langsam wieder und scheint einen Normalwert von gut 49 % anzusteuern.

[1] Klein, L.R., Kosobud, R.F. (1961), Some Econometrics of Growth: Great Ratios of Economics, The Quarterly Journal of Economics, 75(2), S. 173–198; King, R.G., Plosser, C.I., Stock, J.H., Watson, M.W. (1991), Stochastic Trends and Economic Fluctuations, American Economic Review, 81, S. 819–840; Harvey, D.I., Leybourne, S.J., Newbold, P. (2003), How great are the great ratios? Applied Economics 35(2), S. 163–177

***Abbildung 9: Konsum der privaten Haushalte und Bruttoanlageinvestitionen als Anteil am BIP***




Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen, Jahresdaten, ab 2021 Prognose des IHS

Die Corona-Pandemie beendete einen außergewöhnlich langen Investitionszyklus. Trotz des Einbruchs um knapp 8 % im Jahr 2020 wurden die **Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich Investitionen in sonstige Anlagen) im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre um 2,6 % pro Jahr ausgeweitet. Dabei stiegen die besonders volatilen Investitionen in Fahrzeuge um 5,7 %, die Investitionen in Ausrüstungen der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) um 1,7 %, die Anschaffungen sonstiger Maschinen und Geräte um 0,9 % und die Investitionen in geistiges Eigentum um 3,1 % pro Jahr. Die Anschaffungen von Fahrzeugen schwankten zwischen einem Anstieg um knapp 25 % im Jahr 2016 und einem Rückgang um mehr als 13 % im vergangenen Jahr. Hier spielten auch rechtliche Änderungen eine Rolle, etwa hinsichtlich der Besteuerung von Dienstwagen.

Im Prognosezeitraum bestimmen die Erholung von den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und die befristeten fiskalpolitischen Stützungsmaßnahmen die Investitionstätigkeit. Dadurch werden die Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2021 und 2022 kräftig um 8 % bzw. 5 % ausgeweitet. Dabei werden angesichts der steigenden Kapazitätsauslastung auch vermehrt Erweiterungen der Produktionskapazitäten vorgenommen. Da aufgrund der Fördermaßnahmen, insbesondere der Investitionsprämie, in diesem und dem kommenden Jahr auch Investitionen getätigt werden, die ohne die Förderungen erst später vorgenommen worden wären, dürften die

Investitionen in den darauffolgenden Jahren nur noch um durchschnittlich 1 % pro Jahr ausgeweitet werden. Gestützt wird die Investitionstätigkeit dadurch, dass die Zinsen wohl weiterhin sehr niedrig bleiben werden. Zudem dürften sich aufgrund der wirtschaftspolitischen Stützungsmaßnahmen während der Pandemie die Liquidität und die Solvenz der Unternehmen nicht nachhaltig verschlechtert haben. Die Investitionen in IKT-Ausrüstung profitieren zudem davon, dass die Pandemie der Digitalisierung einen Schub verliehen hat. Diese Investitionskategorie wird auch vom Österreichischen Aufbau- und Resilienzplan (ARP) Im Rahmen des Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ gefördert, ebenso wie Investitionen in „grüne“ Technologien (vgl. Kapitel 7). Alles in allem erwartet das Institut, dass die realen Ausrüstungsinvestitionen im Zeitraum 2021 bis 2025 um 3,2 % pro Jahr ausgeweitet werden.

Die Preise für Investitionsgüter werden durch die Preise für Industrierohstoffe, aber auch durch die Preisentwicklung bei IKT-Gütern geprägt. Der tendenzielle Rückgang der Preise für diese Güter und der globale Wettbewerb bei Investitionsgütern bremsen deren Preisanstieg. So erhöhte sich der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen in Österreich im Zeitraum 2016 bis 2020 nur um 1,0 % pro Jahr. Angesichts der erwarteten weitgehenden Stabilität der internationalen Rohstoffpreise erwartet das Institut auch für den Zeitraum 2021 bis 2025 eine durchschnittliche Preissteigerung der Ausrüstungsinvestitionen um 1,0 % pro Jahr.

Die **realen Bauinvestitionen** wurden von der Corona-Pandemie vergleichsweise wenig in Mitleidenschaft gezogen. Mit gut 3 % fiel der Rückgang nur etwa halb so stark aus wie der Einbruch der gesamten Wirtschaftsleistung. Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre stiegen die Investitionen in Wohnbauten um knapp 2 % und die sonstigen Bauinvestitionen um 1 % pro Jahr. Daraus ergibt sich für die gesamten Bauinvestitionen eine durchschnittliche Zunahme um 1,4 %.

Im Prognosezeitraum profitiert der Wohnbau zunächst vom kräftigen Anstieg der Immobilienpreise, der sich erst allmählich abschwächen dürfte. Zudem wird die Bevölkerung in Österreich auch in den kommenden Jahren weiter steigen, wenn auch mit abnehmendem Tempo. Auch der Trend zu kleineren Familiengrößen und mehr Wohnraum pro Person dürfte sich fortsetzen. Zudem bleiben die Finanzierungsbedingungen günstig. Die Bauinvestitionen der Unternehmen dürften im Einklang mit den Ausrüstungsinvestitionen in den Jahren 2021 und 2022 stark und anschließend moderat ausgeweitet werden. In einigen Bereichen dürfte die Pandemie aber die Nachfrage nach neuen Geschäftsgebäuden nachhaltig dämpfen. Dies betrifft etwa die Städtehotellerie, die sich nur allmählich erholt. Zudem wird wohl auch nach Überwindung der Pandemie mehr als zuvor von zu Hause gearbeitet, was den Bedarf an Büroimmobilien verringert. Der öffentliche Bau gerät durch die Notwendigkeit unter Druck, die im Zuge der Pandemie verschlechterte Lage der öffentlichen Haushalte zu

konsolidieren. Abgemildert wird dieser negative Effekt dadurch, dass die Gemeinden im Rahmen der Maßnahmen zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie Zuschüsse für die Finanzierung ihrer Investitionen erhalten. Alles in allem erwartet das Institut für die letzten drei Jahre des Prognosezeitraums eine durchschnittliche Zunahme der Bauinvestitionen um 1,6 % und für den gesamten Zeitraum 2021 bis 2025 ein Wachstum um 2,2 % pro Jahr.

Die Baupreise werden von den Lohnkosten sowie den Kosten der Baumaterialien und deren Grundstoffe wie Eisen, Stahl und Erdöl beeinflusst. Nachdem die Baukosten im Zeitraum 2016 bis 2019 stärker als das allgemeine Preisniveau gestiegen waren, ließ der Preisdruck pandemiebedingt im vergangenen Jahr vorübergehend nach. Seit Herbst 2020 steigen die Baukosten aber überaus stark. Dazu haben der kräftige Konjunkturaufschwung und Angebotsknappheiten bei vielen Rohstoffen beigetragen. So wurde auch Bauholz zuletzt spürbar teurer. Im Ergebnis stiegen die Preise im Hochbau im Zeitraum 2016 bis 2020 um 3,0 % und im Tiefbau um 1,6 % pro Jahr. Für die Baupreise insgesamt ergibt sich daraus eine Erhöhung um 2,4 % pro Jahr. Der Deflator der Bauinvestitionen nahm um 2,6 % pro Jahr zu. Da der Preisdruck bei den Baumaterialien nur allmählich nachlassen dürfte, ist für die Jahre 2021 und 2022 ein Preisanstieg um 3,8 % bzw. 3,3 % zu erwarten. Auch danach dürfte sich die Tendenz fortsetzen, dass die Baupreise überdurchschnittlich stark zulegen. Für den Prognosezeitraum ergibt sich ein Anstieg des Deflators der Bauinvestitionen um 2,9 % pro Jahr.

Die gesamten **realen Bruttoanlageinvestitionen**, also die Summe aus Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, sind in den vergangenen fünf Jahren um 2,0 % pro Jahr gestiegen. Die Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen impliziert für die Anlage-investitionen bis 2025 eine Zunahme um 2,7 % pro Jahr. Die Investitionsquote, also der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen Bruttoinlandsprodukt, hat sich in den vergangenen fünf Jahren kräftig von gut 23 % auf knapp 25 % erhöht. Da die Investitionen im Jahr 2021, auch getrieben durch die wirtschaftspolitischen Stützungsmaßnahmen, wohl deutlich stärker als das Bruttoinlandsprodukt steigen, dürfte sich die Investitionsquote weiter auf 25,6 % erhöhen. Anschließend dürfte mit der nachlassenden Investitionsdynamik die Investitionsquote leicht sinken und am Ende des Prognosezeitraums 25,1 % erreichen. Damit wäre sie immer noch um 1 ¼ Prozentpunkte höher als im Durchschnitt des Zeitraums 1995 bis 2020. Das Wachstum der gesamten **realen Bruttoinvestitionen**, also die Summe aus Anlageinvestitionen und Lagerbestandsveränderungen, war im Zeitraum 2016 bis 2020 um rund 0,2 Prozentpunkte pro Jahr niedriger und dürfte im Prognosezeitraum um knapp 0,2 Prozentpunkte pro Jahr höher sein als die Ausweitung der Bruttoanlageinvestitionen.

Die Lage der **öffentlichen Haushalte** wird im Prognosezeitraum von den Folgen der Corona-Krise geprägt. Ausgehend von einem Defizit von 1,5 % des BIP im Jahr 2016

verbesserte sich die Budgetsituation stetig, und im Jahr 2019 konnte ein Überschuss von 0,6 % erreicht werden. Mit der Corona-Krise änderte sich die Situation schlagartig. Der Wirtschaftseinbruch und die umfangreichen fiskalpolitischen Stützungsmaßnahmen führten im Vorjahr zu einem Defizit von 8,9 % des BIP. Mit der Belebung der Wirtschaft und dem Auslaufen der Corona-Maßnahmen wird sich die Situation der öffentlichen Haushalte im Prognosezeitraum deutlich verbessern. Für das heurige Jahr erwartet das Institut ein Defizit nach Maastricht von 7,4 % des BIP, das im kommenden Jahr auf 3,7 % zurückgehen sollte. Bis zum Jahr 2025 dürfte das Defizit schrittweise auf 1,2 % des BIP sinken. Weiterhin ist die konkrete Abschätzung der Budgetentwicklung mit beträchtlicher Unsicherheit verbunden. So wurde noch im Österreichischen Stabilitätsprogramm vom April dieses Jahres lediglich mit einem Rückgang des Defizits auf 2,5 % bis zum Jahr 2024 gerechnet. Gegenwärtig geht das Institut aber davon aus, dass sich die Situation der öffentlichen Haushalte noch besser als in dieser Prognose erwartet entwickeln könnte. Es ist jedoch zu beachten, dass in dieser Status-quo-Vorausschau im Regierungsprogramm angekündigte, aber nicht hinreichend spezifizierte, Maßnahmen wie die ökosoziale Steuerreform nicht berücksichtigt werden.

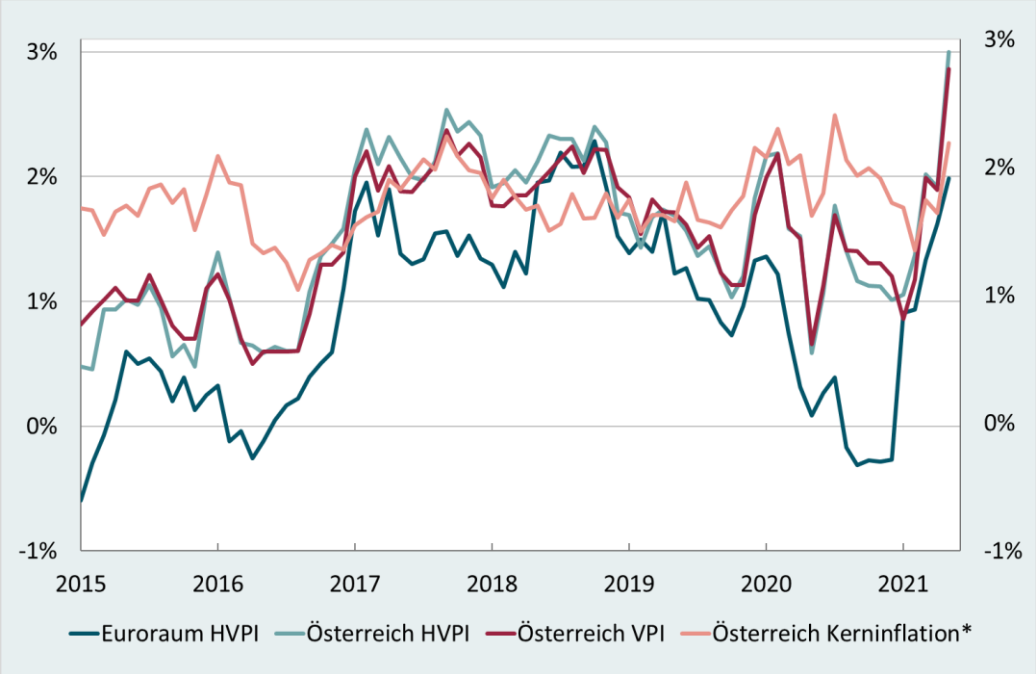
Das Rekorddefizit des Jahres 2020 ergab sich aus einem starken Rückgang der staatlichen Einnahmen bei gleichzeitiger Notwendigkeit einer stark expansiven Fiskalpolitik zur Abfederung der wirtschaftlichen Pandemiefolgen. Im Jahr 2020 gab der Bund rund 14,4 Mrd. Euro für die Krisenbewältigung aus. 5,5 Mrd. Euro davon entfielen auf die Corona-Kurzarbeit und 4,2 Mrd. Euro auf Unternehmensförderungen (u. a. Umsatzersatz, Fixkostenzuschüsse). Mit Stand 15. Mai belaufen sich die Ausgaben des Bundes für das Jahr 2021 auf 6,7 Mrd. Euro, wobei die Kurzarbeit 2,4 Mrd. Euro ausmacht. Die Verbesserung der Budgetsituation im Prognosezeitraum geht im Wesentlichen auf das Wiedererstarken des Wirtschaftswachstums nach der Überwindung der Pandemie und dem Auslaufen der Corona-Maßnahmen zurück. Stützend wirkt das äußerst günstige Zinsniveau.

Die gute Ausgangslage der öffentlichen Haushalte hat eine adäquate Reaktion der Fiskalpolitik auf die Krise ermöglicht. Gegenwärtig ist kein ausgeprägtes Konsolidierungsprogramm notwendig, um auf einem nachhaltigen Budgetkurs zu bleiben. Allerdings sollte mit der Überwindung der Krise eine umfassende wirtschaftspolitische Strategie entwickelt werden, um Wachstumspotenziale zu heben und die Schuldenquote wieder zu senken. Im Rahmen einer solchen Strategie sind Strukturreformen und die rasche Umsetzung von Maßnahmen zur Erreichung der Klimaziele notwendig. Im Zuge der ökosozialen Steuerreform sollte auch die im internationalen Vergleich hohe Abgabenbelastung des Faktors Arbeit reduziert werden. Wie immer wieder angemerkt, wäre es aus Sicht des Instituts wünschenswert, hinsichtlich der Budgetstruktur produktivitätserhöhenden Bereichen, wie etwa Bildung, Digitalisierung und Forschung,

eine noch höhere Priorität einzuräumen. Mittelfristig gesehen sind hinsichtlich der Budgetentwicklung die steigenden Herausforderungen aufgrund der Alterung der Gesellschaft zu berücksichtigen. Reformen in den Bereichen Föderalismus, Gesundheitsversorgung, Pflege und Pensionen würden die Kostendynamik verlangsamen.

Die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** wuchsen im vergangenen Jahr pandemiebedingt nur sehr begrenzt. Im laufenden Jahr dürfte die Zuwachsrate wieder anziehen und sich am Ende der Prognoseperiode auf knapp 3 % beschleunigen. Da die für die Haushalte relevanten Preissteigerungen (Konsumdeflator) hinter den nominellen Lohnzuwächsen bleiben werden, ergeben sich in den kommenden Jahren Reallohnsteigerungen von etwa ½ % pro Jahr, was etwas hinter dem Anstieg der Arbeitsproduktivität zurückbleiben dürfte.

***Abbildung 10: Inflation in Österreich und im Euroraum***




*Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in Österreich
Quellen: Eurostat, Statistik Austria

Die **Inflation** (gemessen am Anstieg des VPI) betrug in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich 1,6 %. Dabei war insbesondere die Entwicklung der Energiepreise für den niedrigen Fünfjahresschnitt verantwortlich. So führten die Angebotspolitik der OPEC-Staaten im Jahr 2016 sowie der pandemiebedingte Nachfrageschock 2020 zu erheblichen Preisstürzen bei Rohöl, welche die Inflationsrate um jeweils ca. ½ Prozentpunt senkten. Die Preise für Dienstleistungen hingegen trugen persistent jeweils einen Prozentpunkt zur Inflationsrate bei. Zu Jahresbeginn 2021 fiel die Inflation

auf unter 1 %. Seitdem stieg sie in markanten Schritten auf zuletzt 2,8 % im Mai dieses Jahres. Getragen wurde dieser Teuerungsschub maßgeblich von einem Ansteigen der Energiepreise, nachdem diese zu Beginn der Corona-Pandemie stark gefallen waren. Aber auch die Preise für Nahrungsmittel und Industriegüter trugen ihren Anteil zum erhöhten Preisdruck bei. Lediglich bei den Dienstleistungen beschleunigte sich der Preisanstieg nicht weiter. Im Prognosezeitraum wird die Inflation zunächst durch temporäre Entwicklungen auf den Rohstoff- und Energiemärkten getrieben. Aber auch die Teuerung von Vorleistungsgütern dürfte anziehen. So lassen etwa produktionsbedingte Knappheiten bei Halbleitern und Baustoffen, aber auch Engpässe in den Logistikketten Preise und Frachtraten steigen. Diese als temporär einzustufenden Preissteigerungen dürften bis ins Jahr 2022 auf die Verbraucherpreise wirken. In den Folgejahren dürfte die Teuerung voraussichtlich 2 ¼ % bis 2 ½ % pro Jahr betragen. Dabei sollten von den Energie- und Rohstoffpreisen sowie von den Lohnstückkosten nur moderate Preiseffekte ausgehen. Allerdings dürften Maßnahmen zum Klimaschutz (z. B. $CO_2$-Besteuerung) inflationserhöhend wirken. Die Inflationsrate im Euroraum wird im laufenden Jahr um knapp ½ Prozentpunkt niedriger sein als in Österreich. Dieses Inflationsdifferenzial dürfte sich bis zum Ende des Prognosezeitraums auflösen.

Die im Zuge der Corona-Pandemie erlassenen Eindämmungsmaßnahmen verursachten im Vorjahr einen kräftigen Beschäftigungseinbruch und einen historischen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Verein mit der kräftigen Ausweitung der Mittel für die Arbeitsmarktpolitik führt die wirtschaftliche Erholung zu einer gewissen Entspannung am **Arbeitsmarkt**. Ausgehend von 10 % im Vorjahr dürfte die Arbeitslosenquote im laufenden Jahr auf 8 ½ % fallen. Aufgrund der konjunkturbedingt stabilen Beschäftigungsnachfrage und des wegen der Demografie nur langsam zunehmenden Arbeitskräfteangebots sollte die Arbeitslosigkeit in den kommenden Jahren weiter zurückgehen und die Arbeitslosenquote am Ende der Prognoseperiode mit einem Wert von 7 ½ % wieder das Vorkrisenniveau erreichen. Hierbei wird unterstellt, dass es durch die kräftige Ausweitung der Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik gelingt, das Auftreten von Hysterese-Effekten am Arbeitsmarkt, insbesondere verfestigte Langzeitarbeitslosigkeit, zu verhindern.

Trotz des massiven Einsatzes der Kurzarbeit ist die **Beschäftigung** im Jahresdurchschnitt 2020 um 2,0 % gefallen. Besonders betroffen von den Eindämmungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie war der Dienstleistungsbereich (Gastronomie und Beherbergung, Verkehr, persönliche Dienstleistungen, Arbeitskräfteüberlassung), aber auch die Sachgüterproduktion verzeichnete Beschäftigungsverluste. Mit der Rücknahme der Eindämmungsmaßnahmen ist die Beschäftigungsdynamik wieder angesprungen. So dürfte die Zahl der Aktiv-Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 2021 mit einer Zunahme um 2,0 % wieder das Vorkrisenniveau erreichen. In den kommenden Jahren sollte die

Nachfrage nach Arbeitskräften dynamisch bleiben, sodass für den gesamten Prognosezeitraum ein durchschnittlicher jährlicher Beschäftigungszuwachs von 1,2 % erwartet wird. Aufgrund der demografischen Entwicklung könnten aber die Rekrutierungsprobleme der Unternehmen zunehmen.

Die Corona-Krise manifestierte sich am Arbeitsmarkt in einem sprunghaften Anstieg der **Arbeitslosenzahlen**, wobei Mitte April 2020 mit 534.000 Personen ein Höchststand verzeichnet wurde. Abgesehen von einer durch das neuerliche Aufflammen der Corona-Pandemie verursachten Unterbrechung ging die Arbeitslosenzahl seither zurück. Dieser Rückgang resultiert primär aus der angezogenen Beschäftigungsnachfrage und den umfangreichen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (Corona-Kurzarbeit, Qualifizierungsoffensive). Für den Jahresdurchschnitt 2021 geht das Institut von 347.000 registrierten Arbeitslosen aus, im Vergleich dazu wurden im Jahresdurchschnitt 2019 rund 300.000 Arbeitslose verzeichnet. Im kommenden Jahr wird eine Abnahme um 17.000 Personen erwartet. Laut Prognose sollte die Arbeitslosenzahl bis zum Jahr 2025 auf 320.000 Personen zurückgehen. Diese Prognose unterstellt, dass wie in der Vergangenheit nur ein Teil der per Saldo zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze von Arbeitslosen besetzt wird. Die Zunahme des Arbeitskräftepotenzials dürfte sich aus demografischen Gründen merklich abschwächen.

Laut Prognose wird die **Arbeitslosenquote** (nationale Definition) in diesem Jahr um 1 ½ Prozentpunkte auf knapp 8 ½ % fallen. Bis zum Ende des Prognosezeitraums könnte die Arbeitslosenquote mit 7 ½ % wieder auf Vorkrisen-Niveau zurückkehren. Die Arbeitsmarktprognose ist weiterhin mit beträchtlicher Unsicherheit behaftet. Aufgrund des Charakters und der Tiefe des Wirtschaftseinbruchs kann nicht auf historische Erfahrungen zurückgegriffen werden. Da die Mittel für aktive Arbeitsmarktpolitik zur Erhöhung der Qualifikation der Arbeitslosen und zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit deutlich angehoben wurden, geht das Institut davon aus, dass das Auftreten von Hysterese-Effekten verhindert werden kann. Kritisch ist aber die zunehmende Mis-Match-Arbeitslosigkeit zu sehen. Letztlich hat sich der Arbeitsmarkt aber schneller vom Corona-Schock erholt als selbst noch zu Jahresbeginn erwartet. Setzt sich diese positive Dynamik über den gesamten Prognosezeitraum fort, könnte die Arbeitslosigkeit im Jahr 2025 niedriger sein als gegenwärtig erwartet.

Die Corona-Kurzarbeit hat zweifellos den Beschäftigungsabbau in der Krise deutlich gebremst. Im Zeitraum März 2020 bis März 2021 erhielten laut Daten des AMS rund 1,3 Mio. Personen Kurzarbeitsbeihilfe. Der Anteil der ausgefallenen Arbeitsstunden an den Normalarbeitsstunden betrug in der Förderperiode knapp 55 %. In den vom Lockdown besonders betroffenen Bereichen Beherbergung und Gastronomie, Kunst/Unterhaltung/Erholung, persönliche Dienstleistungen sowie Handel waren

besonders viele Beschäftigte in Kurzarbeit. Aber auch in der Sachgüterproduktion war die Inanspruchnahme überdurchschnittlich.

Internationale Evidenz zeigt, dass die Förderung von Kurzarbeit strukturkonservierend wirken kann. Aus diesem Grund ist es notwendig, die Corona-Kurzarbeit nach der Krise auslaufen zu lassen. Das Institut begrüßt daher die rasche Rückkehr zum alten Kurzarbeitsmodell. Aus Sicht des Instituts wäre es vorteilhaft, die Kurzarbeitsförderung an Weiterbildungsaktivitäten zu knüpfen.

In Hinblick auf die Folgen der Corona-Krise sollte aus Sicht des Instituts ein noch stärkeres Augenmerk auf die Jugendlichen, insbesondere auf potenziell Neueintretende am Arbeitsmarkt, gelegt werden, da Nachteile beim Berufseinstieg lange nachwirken können. Neben dem Instrument der überbetrieblichen Lehrausbildung sollten zusätzliche Bildungsangebote etwa im Rahmen der schulischen Ausbildung, aber auch der Ausbildungsgarantie überlegt werden, um durch die Krise verursachte Humankapitalverluste zu kompensieren. Lohnsubventionen für BerufseinsteigerInnen könnten ebenfalls angedacht werden, allerdings sind allfällige Mitnahmeeffekt zu befürchten.

Für eine Rückführung der strukturellen Arbeitslosigkeit braucht es eine Fortsetzung der Ausbildungsoffensive sowie der Maßnahmen zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit in den nächsten Jahren. Es sind auch zusätzliche Vermittlungsanstrengungen von Seiten des AMS erforderlich, um den Abbau der Arbeitslosigkeit zu unterstützen. Mit dem Anziehen der wirtschaftlichen Aktivität ist das Problem von qualifikatorischem Mis-Match, also das Auseinanderklaffen der von der Wirtschaft nachgefragten und von den Arbeitslosen angebotenen Kompetenzen, wieder verstärkt aufgetreten. Mittelfristig ist zu befürchten, dass die Alterung der Gesellschaft den Fachkräftemangel verstärken wird. Durch zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der Mobilität könnte der regionale Mis-Match bekämpft werden. Wie immer wieder vom Institut angemerkt, sollte die Präventionskomponente bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik gestärkt werden. Reformen in der Bildungspolitik sind in diesem Zusammenhang unbedingt erforderlich. Letztlich ist auch die im internationalen Vergleich hohe Abgabenbelastung des Faktors Arbeit anzugehen. Im Rahmen der ökosozialen Steuerreform könnte die Abgabenbelastung verringert werden. Durch eine Senkung der Lohnnebenkosten würde die Beschäftigungsnachfrage gestärkt werden.

# 6 Monetäre Prognose

Nach Senkungen der internationalen Leitzinsen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie im Frühjahr des vergangenen Jahres liegen diese nun weiter nahe bei bzw. sogar unter null (Tabelle 4). So beträgt etwa der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im Euroraum 0 %. Im ersten Halbjahr 2021 betrug die Inflation im Euroraum, gemessen am Anstieg des HVPI, durchschnittlich 1,5 % und lag damit deutlich unter dem Inflationsziel der EZB. Im Prognosezeitraum sollte die Inflation allerdings anziehen und im Durchschnitt 2,0 % betragen. Damit könnte es zu einer langsamen Rückführung der geldpolitischen Sondermaßen der EZB kommen und im Jahr 2024 bzw. 2025 eventuell auch zu einer ersten Zinserhöhung. In den USA wird ein erster Leitzinsschritt wohl früher erfolgen.

***Tabelle 4: Leitzinsen***

| | Europäische Zentralbank | Federal Reserve | Bank of England | Schweizerische Nationalbank | Bank of Japan |
|---|---|---|---|---|---|
| Ende 2016 | 0 | 0,5–0,75 | 0,25 | –0,75 | –0,1 |
| Ende 2017 | 0 | 1,25–1,5 | 0,50 | –0,75 | –0,1 |
| Ende 2018 | 0 | 2,25–2,5 | 0,75 | –0,75 | –0,1 |
| Ende 2019 | 0 | 1,5–1,75 | 0,75 | –0,75 | –0,1 |
| Ende 2020 | 0 | 0–0,25 | 0,10 | –0,75 | –0,1 |
| Durchschnitt 2016–2020 | 0,00 | 1,08 | 0,45 | –0,75 | –0,10 |
| 14.7.2021 | 0 | 0–0,25 | 0,10 | –0,75 | –0,1 |

Zur Ermittlung der durchschnittlichen Leitzinssätze werden für den US-Dollar die mittleren Zinssätze bzw. ein Wert von 0,1 % für den Zielsatz „nahe bei Null“ (0–0,25 %) verwendet, für den Schweizer Franken die angestrebten (mittleren) Zielsätze, als die Schweizerische Nationalbank (SNB) die Leitzinsen noch durch ein Zielband um den Dreimonats-Libor angab. Seit Juni 2019 ersetzt der SNB-Leitzins das zuvor gültige Zielband. Für die Jahre vor 2019 werden bei den Leitzinsen der SNB die angestrebten (mittleren) Sätze des damals gültigen Zielbandes angegeben.
Quelle: Nationale Zentralbanken, Refinitiv Datastream, eigene Berechnungen

Im Euroraum liegt der Hauptrefinanzierungssatz bereits seit März 2016 bei null, der Einlagesatz befindet sich seit Mitte 2014 im negativen Bereich, seit Herbst 2019 beträgt er −0,5 %. Banken müssen also dafür bezahlen, wenn sie Geld (über die Mindestreserve hinaus) bei der EZB anlegen. Im September 2019 wurde allerdings auch ein zweistufiges System zur Verzinsung der Reserveguthaben eingeführt, bei dem ein Teil der Guthaben vom negativen Einlagezinssatz befreit ist. Zur Bekämpfung der Corona-Pandemie hat die EZB ihr Ankaufprogramm deutlich ausgeweitet. Im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms (*Pandemic Emergency Purchase Programme*, PEPP) wurde in drei Schritten ein Ankaufvolumen von insgesamt 1.850 Mrd. Euro beschlossen. Dieses

Volumen kann bis mindestens März 2022 gekauft werden. Daneben läuft das herkömmliche Programm zum Ankauf von Vermögenswerten mit einem Volumen von monatlich 20 Mrd. Euro weiter. Insgesamt hat die EZB seit Beginn des Ankaufprogramms im Jahr 2014 (inklusive PEPP) Wertpapiere im Wert von rund 4,4 Billionen Euro erworben. Dies entspricht knapp 40 % des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum. Des Weiteren hat die EZB die Konditionen für längerfristige Refinanzierungsgeschäfte immer wieder vergünstigt, insbesondere durch geringere Zinssätze, um die Kreditvergabe von Banken zu stimulieren. Zudem können diese Kredite bis Dezember des laufenden Jahres aufgenommen werden. Bezüglich künftiger Zinsentscheidungen kommuniziert die EZB weiterhin, dass die Leitzinsen solange nicht angehoben werden, bis sich die Inflationsaussichten dem Inflationsziel nähern und sich dies auch in der zugrundeliegenden Inflationsdynamik widerspiegelt.

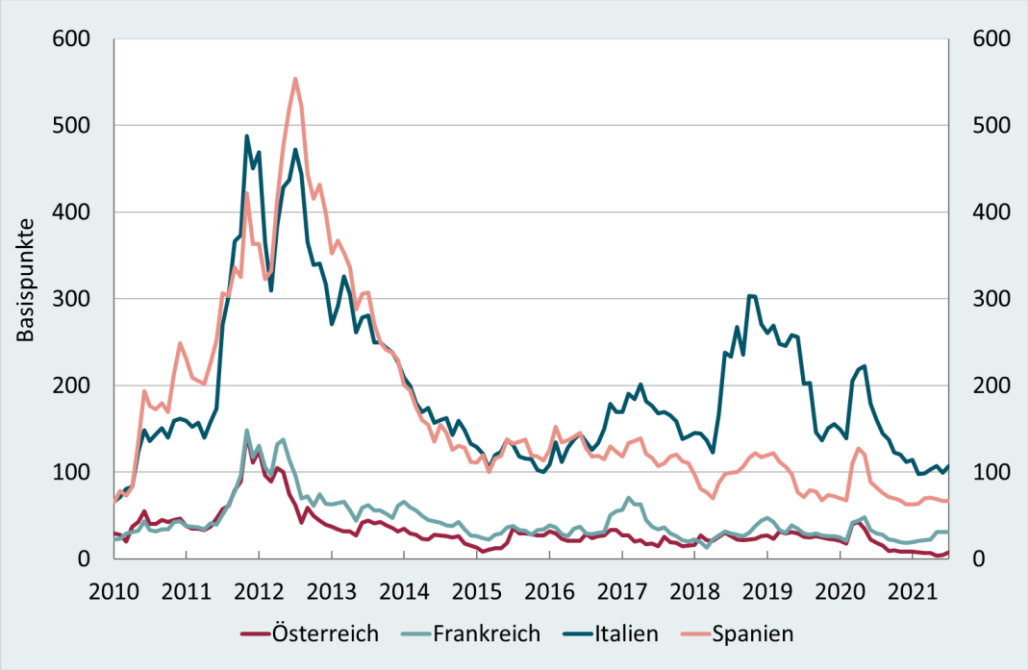
Die zu Beginn 2020 eingeleitete Überprüfung der geldpolitischen Strategie der EZB wurde Anfang Juli 2021 abgeschlossen und führt zu folgenden wesentlichen Neuerungen. Die neue Strategie gibt ein symmetrisches mittelfristiges Inflationsziel von 2 % vor, wobei Abweichungen sowohl nach oben als auch nach unten unerwünscht sind. Der HVPI bleibt die geeignete Messgröße für Preissteigerungen, allerdings sollen zusätzlich die Kosten für selbst genutztes Wohnungseigentum berücksichtigt werden. Bis diese Kosten im HVPI inkludiert sind, wird die EZB zusätzliche Messgrößen heranziehen. Vor dem Hintergrund der Folgen des Klimawandels auf die Preisstabilität sollen zudem eine Reihe klimabezogener Maßnahmen durchgeführt werden, die schrittweise eingeführt werden.

Die geldpolitischen Maßnahmen der EZB in den vergangenen Jahren haben zu hoher Liquidität auf den Geldmärkten geführt. Dies zeigt sich etwa in den niedrigen Euro-Geldmarktsätzen. Der Satz mit einer Fristigkeit von drei Monaten notiert bereits seit April 2015 im negativen Bereich und wurde zuletzt zu −0,5 % gehandelt. Im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2020 betrug der Zinssatz −0,3 %. Vor dem Hintergrund der zumindest für einen Teil der Prognoseperiode weiter andauernden expansiven Geldpolitik im Euroraum erwartet das Institut nur langsam steigende Geldmarktzinsen (Tabelle 5). Für den Prognosezeitraum wird ein durchschnittlicher 3-Monats-Euribor von −0,3 % prognostiziert.

Auch an den Rentenmärkten sind die Auswirkungen der Geldpolitik der EZB zu spüren, in vielen Euroraum-Ländern sind die Renditen nach wie vor außerordentlich niedrig, zum Teil sogar negativ. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen in den vergangenen fünf Jahren eine durchschnittliche Rendite von 0,3 % auf, in der ersten Jahreshälfte 2021 rentierten sie bei −0,3 %. Deutsche Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen im ersten Halbjahr des laufenden Jahres eine genau gleich hohe Rendite auf. Auch die 10-jährigen Staatsanleihen von Belgien,

Finnland, Frankreich, Irland und den Niederlanden rentierten in der ersten Jahreshälfte 2021 im Durchschnitt negativ. Vor dem Hintergrund der künftigen Geldpolitik der EZB, insbesondere der nur schrittweise rückläufigen Wertpapierankaufprogramme, geht das Institut von einem langsamen Anstieg der langfristigen Renditen aus (Tabelle 5). Für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wird für den Prognosezeitraum eine durchschnittliche Rendite von 0,4 % prognostiziert.

***Abbildung 11: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen gegenüber Deutschland***




Quelle: Refinitiv Datastream

Deutsche Bundesanleihen gelten als die sichersten Papiere im Euroraum, was den Druck auf die Renditen dieser Papiere hoch hält und gleichzeitig bedeutet, dass die Staatsanleihen aller anderen Euroraum-Länder höhere Renditen aufweisen. Die Spreads (Renditeabstände) der besonders stark von der Corona-Pandemie betroffenen Staaten haben sich im Frühjahr des vergangenen Jahres in Erwartung steigender Staatsschulden ausgeweitet, sind aber als Reaktion auf die Ankündigung der EZB-Notfallprogramme gekoppelt mit anderen europäischen und nationalen Stützungsprogrammen wieder gesunken (Abbildung 11). Gegenwärtig sind die Spreads recht klein, verglichen mit Werten nach Ausbruch der europäischen Staatsschuldenkrise im Jahr 2008.

***Tabelle 5: Zinsen und Renditen***

*Jahresdurchschnitte in Prozent*

| | 3-Monats-Euribor | 10-Jahres-Rendite österreichischer Staatsanleihen |
|---|---|---|
| 2021 | –0,5 | –0,1 |
| 2022 | –0,5 | 0,0 |
| 2023 | –0,3 | 0,4 |
| 2024 | –0,1 | 0,7 |
| 2025 | 0,1 | 0,9 |

Quelle: Prognose des IHS

# 7 Die Auswirkungen des EU-Aufbauplans auf die österreichische Wirtschaft

Der Wiederaufbauplan der EU umfasst ein Gesamtvolumen von 750 Mrd. Euro. Ziel des Plans ist nicht nur, dass die Wirtschaft der EU sich schnell von der Corona-Krise erholt, sondern dass sie gestärkt aus der Krise hervorgeht, durch wirtschaftliche Reformen und Investitionen in zukunftsfähigen Bereichen mit den Schwerpunkten Ökologisierung, Digitalisierung, Ausbildung und soziale Gerechtigkeit. Der Plan soll die Resilienz der europäischen Wirtschaft und Gesellschaft gegenüber zukünftigen Gesundheits- und Wirtschaftskrisen stärken. Er umfasst sowohl Kredite als auch nichtrückzahlbare Zuschüsse. Die Höhe der Hilfsmaßnahmen hängt nicht nur vom Bevölkerungsanteil ab; besonders stark von der Corona-Krise betroffene Länder erhalten eine höhere Förderung pro Kopf.

Im Rahmen der Aufbau- und Resilienzfazilität stellt die EU insgesamt 312,5 Mrd. Euro an nichtrückzahlbaren Zuschüssen zur Verfügung. Um diese Zuschüsse zu erhalten, muss jedes Land einen detaillierten nationalen Aufbau- und Resilienzplan vorlegen, der von der Europäischen Kommission geprüft wird und dessen Durchführung und Einhaltung beständig überwacht wird. Als ein Land mit überdurchschnittlich hohem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf erhält Österreich davon etwas weniger, als es seinem Bevölkerungsanteil entspricht, nämlich voraussichtlich etwa 3,5 Mrd. Euro. Die österreichische Bundesregierung hat im April 2021 einen Plan in Höhe von 4,5 Mrd. Euro an die Europäische Kommission übermittelt, dessen Ausgaben sich über die Jahre 2020 bis 2026 erstrecken. Im Folgenden werden die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen dieses Plans über einen Zeitraum von zwei bis 20 Jahren abgeschätzt.[2] Die Schätzungen spiegeln ganz überwiegend die Effekte der Investitionen wider, weil diese im österreichischen Plan eine größere Rolle als die Reformen spielen und die wirtschaftlichen Effekte der Reformen im Moment noch nicht quantifizierbar sind. Den Berechnungen liegt ein Projektvolumen von 4,5 Mrd. Euro zugrunde. Es wird also implizit unterstellt, dass alle Maßnahmen des Plans umgesetzt werden, obwohl die europäischen Zuschüsse unterhalb dieser Summe bleiben werden.

Die Maßnahmen des Plans lassen sich auf verschiedene Weise kategorisieren. Sie werden einerseits in die vier Komponenten nachhaltiger, digitaler, wissensbasierter and gerechter Aufbau aufgeteilt. Etwas aussagekräftiger ist die Aufteilung in sechs Säulen: ökologischer Wandel; digitaler Wandel; intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum; sozialer und territorialer Zusammenhalt; gesundheitliche, wirtschaftliche

[2] Die Ergebnisse beruhen auf Reiter, M., Forstner, S., Garstenauer, V., Hofer, H., Molnarova, Z., Paterson, I. (2021), Macroeconomic assessment of the Austrian Recovery and Resilience Plan, Studie im Auftrag des BMF, IHS, Wien.

und soziale Resilienz; Maßnahmen für die nächste Generation. Der Großteil der Ausgaben liegt in den zwei Säulen ökologischer Wandel und digitaler Wandel. Es ist zu beachten, dass es durchaus Überlappungen zwischen den Säulen gibt. So trägt etwa die Bereitstellung von digitalen Endgeräten in Schulen zum digitalen Wandel bei, ist aber auch eine Maßnahme für die nächste Generation.

***Tabelle 6: Makroökonomische Auswirkungen des EU-Aufbauplans***

*Abweichungen von der Basislösung in Prozent*

| | 2022 | 2025 |
|---|---|---|
| BIP | 0,41 | 0,91 |
| Beschäftigung | 0,29 | 0,54 |
| Budgetsaldo | 0,20 | 0,34 |

Die Tabelle zeigt die prozentuellen Abweichungen zu einem Basisszenario ohne EU-Aufbauplan.
Quelle: Reiter et al. (2021)

Die Haupteffekte des Aufbauplans sind in Tabelle 6 zusammengefasst. Es wird ein positiver Effekt auf das BIP geschätzt, der im Jahr 2022 bei 0,41 % und im Jahr 2025 bei 0,91 % liegen wird, mit einem in etwa linearen Anstieg dazwischen. Daraus ergibt sich eine Erhöhung der Beschäftigung von 0,29 % im Jahr 2022 und von 0,54 % im Jahr 2025. Der Beschäftigungseffekt ist geringer als die Steigerung des BIP, da die Investitionen eine Steigerung der Arbeitsproduktivität bewirken. Hinsichtlich der Effekte auf die Arbeitslosenquote wird davon ausgegangen, dass sich etwa die Hälfte des Beschäftigungseffekts in einer entsprechenden Verringerung der Arbeitslosenquote ausdrücken wird. Unter der Annahme gleichbleibender Parameter des Steuer- und Sozialsystems, also insbesondere ohne Änderungen der Steuersätze, würde der Anstieg der ökonomischen Aktivität eine positive Veränderung des österreichischen Budgetsaldos von 0,20 % des BIP im Jahr 2022, und von 0,34 % des BIP im Jahr 2025 bewirken.

Diese Schätzungen basieren auf Modellrechnungen mit Hilfe eines auf Branchenebene disaggregierten, dynamischen stochastischen allgemeinen Gleichgewichtsmodells der österreichischen Wirtschaft. Obwohl der Gesamtumfang des österreichischen Aufbauplans nur etwa 1,2 % des gegenwärtigen jährlichen BIP ausmacht, also in jedem Jahr seiner Laufzeit etwa 0,2 % des BIP, sind die geschätzten Auswirkungen durchaus beachtlich. Diese hohe Wirksamkeit ergibt sich daraus, dass viele Elemente des Plans darauf ausgerichtet sind, neben den öffentlichen Investitionen über ein System von Darlehen und Subventionen auch zusätzliche private Investitionen auszulösen. Dies erzeugt kurzfristig sehr starke Nachfrageeffekte, die wesentlich zu einer schnellen Erholung der österreichischen Konjunktur nach der Corona-Krise beitragen. Darüber

hinaus bewirken Investitionen eine Erhöhung des Kapitalstocks, was das Produktionspotenzial steigert und durch höhere Produktivität und Löhne auch die Beschäftigung erhöht. Die kurzfristigen Auswirkungen des Plans sind also ganz überwiegend bestimmt durch die direkten Nachfragewirkungen der öffentlichen Investitionen sowie der angeregten privaten Investitionen. Die positiven Effekte dieser Investitionen auf die Produktionskapazität manifestieren sich mittelfristig.

Der Aufbauplan beinhaltet auch eine Reihe von Investitionen, deren Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Produktivität erst in der langen Frist zum Tragen kommen und sich deshalb bis zum Jahr 2025 noch nicht bemerkbar machen. Neben den Bildungsausgaben im schulischen Bereich haben die effizienzsteigernde Wirkung von Forschung und Entwicklung langfristig die größte Bedeutung, die vor allem durch die digitale Transformation gefördert werden. Der Aufbauplan sieht dazu Infrastrukturinvestitionen vor, speziell den Ausbau des gigabitfähigen Breitbandnetzes im ländlichen Raum, aber auch Investitionen zur Steigerung digitaler Kompetenzen und Maßnahmen zur digitalen Reorganisation sowohl im Bereich der privaten Wirtschaft als auch im öffentlichen Sektor. Diese langfristigen Wirkungen wurden für das Jahr 2040 geschätzt und bedeuten eine Erhöhung des BIP um 1,21 %, der Beschäftigung um 0,61 % und des Budgetsaldos um 0,56 %. Diese Schätzungen beruhen auf empirischen Resultaten in der ökonomischen Literatur, die überwiegend sehr starke Effekte von Investitionen in Forschung und Entwicklung sowie in Bildung findet.

Die Maßnahmen im Bereich des ökologischen Wandels bestehen zum großen Teil aus Infrastrukturinvestitionen zur Emissionsreduktion im Verkehr, speziell die Errichtung neuer Bahnstrecken, die Elektrifizierung von Regionalbahnen sowie die Förderung emissionsfreier Busse und Nutzfahrzeuge. Auch die Förderung des Austauschs von Öl- und Gasheizungen macht einen wesentlichen Anteil des Plans aus. Diese Investitionen sollten eine wesentliche Reduktion des $CO_2$-Ausstoßes bewirken. Die direkten Auswirkungen auf die ökonomische Aktivität sind dagegen etwas geringer, weil davon auszugehen ist, dass die klimafreundlichen Investitionen zu einem erheblichen Anteil klimaschädliche Investitionen ersetzen. Die langfristigen Effekte der Emissionsreduktionen auf die Wohlfahrt der Haushalte und die Produktivität der Wirtschaft konnten in der quantitativen Berechnung nicht berücksichtigt werden. Es ist durchaus möglich, dass die ökologischen Investitionen auch ohne direkte Forschungssubventionen zu einer größeren Forschungsaktivität in diesem Bereich führen und damit langfristig das ökonomische Potenzial erhöhen.

In den Säulen „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ sowie „Maßnahmen für die nächste Generation“ sind es speziell die Bildungsmaßnahmen, die zu einem langfristigen Wachstum beitragen. Bereits für die mittlere Frist bedeutsam sind Ausgaben für Umschulung und Fortbildung sowie Bildungsmaßahmen, die die jetzigen

Schulabgänger betreffen. Die Maßnahmen im Bereich der gesundheitlichen, wirtschaftlichen und sozialen Resilienz haben mit hoher Wahrscheinlichkeit eine positive Auswirkung auf das zukünftige Produktionspotenzial und die Beschäftigung, auch wenn sich dieser Effekt im Moment nicht genau quantifizieren lässt.

Bei der Interpretation der Zahlen ist wichtig zu betonen, dass ausschließlich die Effekte des österreichischen Plans berücksichtigt wurden. Es ist zu erwarten, dass die Umsetzung der Pläne der anderen EU-Mitgliedstaaten zu einer Erhöhung der österreichischen Exporte führen wird. Dieser Effekt ist in unseren Modellrechnungen nicht enthalten. Weiterhin bestehen innerhalb der EU und noch mehr innerhalb des Euroraums enge wirtschaftliche Verflechtungen, die weit über die bloßen Handelsströme hinausgehen. Die wichtigste Frage für die österreichische Wirtschaft wird sein, ob der EU-Aufbauplan tatsächlich dazu beiträgt, die EU langfristig auf einen stärkeren Wachstumspfad zu bringen, die Schulden der EU-Mitgliedstaaten zu stabilisieren und insgesamt die Finanzmarktstabilität innerhalb des Euroraums zu garantieren.

# 8 Tabellenanhang

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €) | 368,820 | 374,053 | 350,641 | 362,414 | 378,885 | 385,601 | 391,114 | 396,509 |
| | 2,6% | 1,4% | -6,3% | 3,4% | 4,5% | 1,8% | 1,4% | 1,4% |
| BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €) | 385,362 | 397,575 | 377,297 | 397,527 | 423,308 | 439,568 | 454,986 | 470,274 |
| | 4,3% | 3,2% | -5,1% | 5,4% | 6,5% | 3,8% | 3,5% | 3,4% |
| DEFLATOR DES BIP (2010=100) | 104,485 | 106,289 | 107,602 | 109,688 | 111,725 | 113,996 | 116,331 | 118,603 |
| | 1,7% | 1,7% | 1,2% | 1,9% | 1,9% | 2,0% | 2,0% | 2,0% |
| VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100) | 105,100 | 106,700 | 108,200 | 110,580 | 112,792 | 115,273 | 117,925 | 120,637 |
| | 2,0% | 1,5% | 1,4% | 2,2% | 2,0% | 2,2% | 2,3% | 2,3% |
| ARBEITNEHMER-ENTGELT JE | 50,554 | 51,846 | 51,989 | 52,769 | 53,957 | 55,359 | 56,965 | 58,531 |
| AKTIV-BESCHÄFTIGTEN | 2,6% | 2,6% | 0,3% | 1,5% | 2,3% | 2,6% | 2,9% | 2,8% |
| UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE | 3661,127 | 3720,041 | 3643,933 | 3716,812 | 3781,856 | 3819,675 | 3848,322 | 3877,185 |
| (IN 1000 PERSONEN) | 2,5% | 1,6% | -2,0% | 2,0% | 1,8% | 1,0% | 0,8% | 0,8% |
| ARBEITSLOSENQUOTE NATIONALE DEF. | 7,700 | 7,352 | 9,926 | 8,400 | 7,887 | 7,813 | 7,657 | 7,476 |
| *ABSOLUTE DIFFERENZEN* | -0,810 | -0,348 | 2,574 | -1,527 | -0,512 | -0,075 | -0,156 | -0,180 |

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| PRIVATER KONSUM | 189,750 | 191,360 | 173,680 | 180,961 | 189,803 | 193,620 | 197,030 | 200,030 |
| | 1,1% | 0,8% | -9,2% | 4,2% | 4,9% | 2,0% | 1,8% | 1,5% |
| ÖFFENTLICHER KONSUM | 70,701 | 71,748 | 73,383 | 74,484 | 74,857 | 75,418 | 75,795 | 76,174 |
| | 1,2% | 1,5% | 2,3% | 1,5% | 0,5% | 0,8% | 0,5% | 0,5% |
| BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN | 88,162 | 91,678 | 86,411 | 91,491 | 94,998 | 96,080 | 97,440 | 98,762 |
| | 3,9% | 4,0% | -5,7% | 5,9% | 3,8% | 1,1% | 1,4% | 1,4% |
| LAGERVERÄNDERUNGEN | 5,765 | 2,938 | 2,942 | 2,942 | 3,192 | 3,692 | 3,942 | 4,192 |
| *IN PROZENT DES BIP* | 1,6 | 0,8 | 0,8 | 0,8 | 0,8 | 1,0 | 1,0 | 1,1 |
| INLANDSNACHFRAGE | 355,327 | 359,232 | 338,026 | 351,612 | 364,672 | 370,589 | 375,985 | 380,955 |
| | 2,2% | 1,1% | -5,9% | 4,0% | 3,7% | 1,6% | 1,5% | 1,3% |
| AUSSENBEITRAG | 13,463 | 14,824 | 12,507 | 10,752 | 14,163 | 14,962 | 15,079 | 15,504 |
| *IN PROZENT DES BIP* | 3,7 | 4,0 | 3,6 | 3,0 | 3,7 | 3,9 | 3,9 | 3,9 |
| BIP ZU MARKTPREISEN | 368,820 | 374,053 | 350,641 | 362,414 | 378,885 | 385,601 | 391,114 | 396,509 |
| | 2,6% | 1,4% | -6,3% | 3,4% | 4,5% | 1,8% | 1,4% | 1,4% |

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| PRIVATER KONSUM | 0,571 | 0,441 | -4,777 | 2,096 | 2,469 | 1,021 | 0,898 | 0,780 |
| ÖFFENTLICHER KONSUM | 0,226 | 0,286 | 0,443 | 0,320 | 0,104 | 0,150 | 0,099 | 0,098 |
| BRUTTOINVESTITIONEN | 1,313 | 0,194 | -1,420 | 1,453 | 1,050 | 0,403 | 0,413 | 0,401 |
| ANLAGEINVESTITIONEN | 0,920 | 0,957 | -1,418 | 1,465 | 0,982 | 0,291 | 0,359 | 0,342 |
| LAGERVERÄNDERUNGEN | 0,359 | -0,765 | 0,001 | 0,000 | 0,024 | 0,046 | 0,022 | 0,022 |
| EXPORTE I.W.S. | 2,999 | 1,639 | -5,560 | 3,798 | 4,633 | 2,557 | 1,770 | 1,887 |
| WAREN | 2,037 | 0,835 | -2,439 | 3,451 | 1,973 | 1,773 | 1,308 | 1,321 |
| DIENSTLEISTUNGEN | 0,963 | 0,804 | -3,121 | 0,347 | 2,660 | 0,784 | 0,462 | 0,566 |
| IMPORTE I.W.S. | -2,560 | -1,283 | 5,005 | -4,259 | -3,735 | -2,356 | -1,739 | -1,782 |
| WAREN | -1,435 | -0,415 | 2,565 | -3,159 | -1,805 | -1,514 | -1,347 | -1,266 |
| DIENSTLEISTUNGEN | -1,125 | -0,868 | 2,440 | -1,100 | -1,930 | -0,841 | -0,393 | -0,516 |
| BRUTTOINLANDSPRODUKT | 2,580 | 1,419 | -6,259 | 3,358 | 4,545 | 1,773 | 1,430 | 1,379 |

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| HAUSHALTSSPARQUOTE | 7,8 | 8,2 | 14,5 | 11,5 | 8,7 | 8,5 | 8,2 | 7,9 |
| *ABSOLUTE DIFFERENZEN* | 0,4 | 0,4 | 6,2 | -3,0 | -2,7 | -0,2 | -0,4 | -0,2 |
| INVESTITIONSQUOTE | 24,0 | 24,7 | 24,9 | 25,6 | 25,5 | 25,3 | 25,2 | 25,1 |
| *ABSOLUTE DIFFERENZEN* | 0,4 | 0,7 | 0,2 | 0,7 | -0,1 | -0,2 | -0,1 | -0,1 |
| REALZINSSATZ | -1,02 | -1,69 | -1,52 | -2,07 | -1,82 | -1,63 | -1,35 | -1,05 |
| *ABSOLUTE DIFFERENZEN* | -0,72 | -0,66 | 0,16 | -0,55 | 0,25 | 0,18 | 0,28 | 0,29 |
| HVPI - HARMONISIERTER | 105,41 | 106,98 | 108,47 | 110,96 | 113,18 | 115,67 | 118,33 | 121,06 |
| VERBRAUCHERPREISINDEX | 2,1% | 1,5% | 1,4% | 2,3% | 2,0% | 2,2% | 2,3% | 2,3% |
| REALLÖHNE, BRUTTO | 47,942 | 48,292 | 47,944 | 47,615 | 47,732 | 47,919 | 48,200 | 48,412 |
| JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN | 0,5% | 0,7% | -0,7% | -0,7% | 0,2% | 0,4% | 0,6% | 0,4% |
| ARBEITSPRODUKTIVITÄT | 10,074 | 10,055 | 9,623 | 9,751 | 10,018 | 10,095 | 10,163 | 10,227 |
| JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN | 0,1% | -0,2% | -4,3% | 1,3% | 2,7% | 0,8% | 0,7% | 0,6% |
| LOHNSTÜCKKOSTEN | 131,988 | 135,617 | 142,103 | 142,340 | 141,652 | 144,232 | 147,420 | 150,533 |
| GESAMTWIRTSCHAFT | 2,5% | 2,7% | 4,8% | 0,2% | -0,5% | 1,8% | 2,2% | 2,1% |
| ARBEITSLOSENQUOTE EUROSTAT DEF. | 4,9 | 4,5 | 5,4 | 5,3 | 5,1 | 4,8 | 4,7 | 4,7 |
| *ABSOLUTE DIFFERENZEN* | -0,6 | -0,4 | 0,9 | -0,1 | -0,2 | -0,3 | -0,1 | 0,0 |
| BUDGETSALDO MAASTRICHT (% DES BIP) | 0,2 | 0,6 | -8,8 | -7,4 | -3,7 | -2,0 | -1,6 | -1,2 |
| *ABSOLUTE DIFFERENZEN* | 1,0 | 0,4 | -9,4 | 1,4 | 3,8 | 1,6 | 0,4 | 0,5 |

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| KONSUM PRIVATE HAUSHALTE | 191,708 | 196,752 | 179,967 | 191,743 | 205,357 | 214,072 | 222,828 | 231,372 |
| | 3,1% | 2,6% | -8,5% | 6,5% | 7,1% | 4,2% | 4,1% | 3,8% |
| KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN | 8,370 | 8,791 | 8,697 | 9,138 | 9,553 | 9,988 | 10,417 | 10,864 |
| OHNE ERWERBSZWECK | 5,5% | 5,0% | -1,1% | 5,1% | 4,5% | 4,6% | 4,3% | 4,3% |
| ÖFFENTLICHER KONSUM | 74,506 | 77,321 | 80,520 | 82,953 | 84,619 | 86,958 | 89,141 | 91,289 |
| | 3,5% | 3,8% | 4,1% | 3,0% | 2,0% | 2,8% | 2,5% | 2,4% |
| BRUTTOINVESTITIONEN | 98,434 | 101,267 | 95,130 | 102,966 | 109,233 | 112,811 | 116,394 | 119,740 |
| | 7,3% | 2,9% | -6,1% | 8,2% | 6,1% | 3,3% | 3,2% | 2,9% |
| AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN | 50,764 | 53,707 | 49,706 | 54,273 | 57,670 | 58,479 | 59,743 | 61,124 |
| | 5,3% | 5,8% | -7,5% | 9,2% | 6,3% | 1,4% | 2,2% | 2,3% |
| BAUINVESTITIONEN | 41,662 | 44,429 | 44,290 | 47,559 | 50,333 | 52,880 | 55,069 | 56,901 |
| | 6,6% | 6,6% | -0,3% | 7,4% | 5,8% | 5,1% | 4,1% | 3,3% |
| STATISTISCHE DIFFERENZ | -0,262 | 0,041 | -0,613 | -0,607 | -0,607 | -0,619 | -0,631 | -0,644 |
| *ABSOLUTE DIFFERENZEN* | -0,291 | 0,302 | -0,653 | 0,006 | 0,000 | -0,012 | -0,012 | -0,013 |
| INLANDSNACHFRAGE | 372,756 | 384,171 | 363,701 | 386,193 | 408,155 | 423,210 | 438,148 | 452,621 |
| | 4,2% | 3,1% | -5,3% | 6,2% | 5,7% | 3,7% | 3,5% | 3,3% |
| EXPORTE I.W.S. | 214,612 | 220,955 | 198,567 | 216,032 | 237,642 | 252,518 | 264,234 | 276,895 |
| | 7,5% | 3,0% | -10,1% | 8,8% | 10,0% | 6,3% | 4,6% | 4,8% |
| IMPORTE I.W.S. | 202,006 | 207,551 | 184,971 | 204,698 | 222,489 | 236,161 | 247,396 | 259,243 |
| | 7,5% | 2,7% | -10,9% | 10,7% | 8,7% | 6,1% | 4,8% | 4,8% |
| BIP ZU MARKTPREISEN | 385,362 | 397,575 | 377,297 | 397,527 | 423,308 | 439,568 | 454,986 | 470,274 |
| | 4,3% | 3,2% | -5,1% | 5,4% | 6,5% | 3,8% | 3,5% | 3,4% |

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| KONSUM PRIVATE HAUSHALTE | 181,805 | 183,262 | 165,961 | 173,015 | 181,666 | 185,299 | 188,542 | 191,370 |
| | 1,0% | 0,8% | -9,4% | 4,3% | 5,0% | 2,0% | 1,8% | 1,5% |
| KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK | 7,945 | 8,098 | 7,714 | 7,946 | 8,144 | 8,328 | 8,494 | 8,664 |
| | 3,3% | 1,9% | -4,7% | 3,0% | 2,5% | 2,3% | 2,0% | 2,0% |
| ÖFFENTLICHER KONSUM | 70,701 | 71,748 | 73,383 | 74,484 | 74,857 | 75,418 | 75,795 | 76,174 |
| | 1,2% | 1,5% | 2,3% | 1,5% | 0,5% | 0,8% | 0,5% | 0,5% |
| BRUTTOINVESTITIONEN | 94,071 | 94,786 | 89,503 | 94,660 | 98,497 | 100,037 | 101,646 | 103,239 |
| | 5,3% | 0,8% | -5,6% | 5,8% | 4,1% | 1,6% | 1,6% | 1,6% |
| AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN | 49,361 | 51,470 | 47,385 | 51,176 | 53,735 | 53,896 | 54,570 | 55,389 |
| | 4,1% | 4,3% | -7,9% | 8,0% | 5,0% | 0,3% | 1,3% | 1,5% |
| BAUINVESTITIONEN | 38,810 | 40,223 | 38,977 | 40,341 | 41,350 | 42,218 | 42,894 | 43,409 |
| | 3,6% | 3,6% | -3,1% | 3,5% | 2,5% | 2,1% | 1,6% | 1,2% |
| STATISTISCHE DIFFERENZ | 0,836 | 1,335 | 1,572 | 1,558 | 1,558 | 1,558 | 1,558 | 1,558 |
| *ABSOLUTE DIFFERENZEN* | 0,079 | 0,499 | 0,237 | -0,014 | 0,000 | 0,000 | 0,000 | 0,000 |
| INLANDSNACHFRAGE | 355,327 | 359,232 | 338,026 | 351,612 | 364,672 | 370,589 | 375,985 | 380,955 |
| | 2,2% | 1,1% | -5,9% | 4,0% | 3,7% | 1,6% | 1,5% | 1,3% |
| EXPORTE I.W.S. | 208,407 | 214,539 | 193,075 | 207,009 | 224,656 | 234,889 | 242,127 | 249,994 |
| | 5,5% | 2,9% | -10,0% | 7,2% | 8,5% | 4,6% | 3,1% | 3,2% |
| IMPORTE I.W.S. | 194,944 | 199,716 | 180,568 | 196,257 | 210,493 | 219,927 | 227,047 | 234,489 |
| | 5,0% | 2,4% | -9,6% | 8,7% | 7,3% | 4,5% | 3,2% | 3,3% |
| BIP ZU MARKTPREISEN | 368,820 | 374,053 | 350,641 | 362,414 | 378,885 | 385,601 | 391,114 | 396,509 |
| | 2,6% | 1,4% | -6,3% | 3,4% | 4,5% | 1,8% | 1,4% | 1,4% |

TAB. 4: PREISINDIZES (2015 = 100)

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| KONSUM PRIVATE HAUSHALTE | 105,447 | 107,361 | 108,439 | 110,824 | 113,041 | 115,528 | 118,185 | 120,903 |
| | 2,1% | 1,8% | 1,0% | 2,2% | 2,0% | 2,2% | 2,3% | 2,3% |
| ÖFFENTLICHER KONSUM | 105,382 | 107,768 | 109,725 | 111,371 | 113,041 | 115,302 | 117,608 | 119,843 |
| | 2,3% | 2,3% | 1,8% | 1,5% | 1,5% | 2,0% | 2,0% | 1,9% |
| BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN | 104,837 | 107,044 | 108,778 | 111,302 | 113,690 | 115,903 | 117,828 | 119,505 |
| | 2,0% | 2,1% | 1,6% | 2,3% | 2,1% | 1,9% | 1,7% | 1,4% |
| AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN | 102,843 | 104,347 | 104,896 | 106,050 | 107,323 | 108,503 | 109,480 | 110,356 |
| | 1,1% | 1,5% | 0,5% | 1,1% | 1,2% | 1,1% | 0,9% | 0,8% |
| BAUINVESTITIONEN | 107,350 | 110,456 | 113,631 | 117,892 | 121,724 | 125,254 | 128,385 | 131,081 |
| | 3,0% | 2,9% | 2,9% | 3,8% | 3,3% | 2,9% | 2,5% | 2,1% |
| INLANDSNACHFRAGE | 104,905 | 106,942 | 107,596 | 109,835 | 111,924 | 114,199 | 116,533 | 118,812 |
| | 2,0% | 1,9% | 0,6% | 2,1% | 1,9% | 2,0% | 2,0% | 2,0% |
| EXPORTE I.W.S. | 102,977 | 102,990 | 102,844 | 104,359 | 105,780 | 107,505 | 109,130 | 110,761 |
| | 1,8% | 0,0% | -0,1% | 1,5% | 1,4% | 1,6% | 1,5% | 1,5% |
| IMPORTE I.W.S. | 103,622 | 103,923 | 102,438 | 104,301 | 105,699 | 107,381 | 108,962 | 110,556 |
| | 2,3% | 0,3% | -1,4% | 1,8% | 1,3% | 1,6% | 1,5% | 1,5% |
| BIP ZU MARKTPREISEN | 104,485 | 106,289 | 107,602 | 109,688 | 111,725 | 113,996 | 116,331 | 118,603 |
| | 1,7% | 1,7% | 1,2% | 1,9% | 1,9% | 2,0% | 2,0% | 2,0% |

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| WARENEXPORTE | 150,278 | 152,545 | 141,510 | 156,847 | 166,748 | 176,865 | 184,896 | 193,292 |
| | 7,3% | 1,5% | -7,2% | 10,8% | 6,3% | 6,1% | 4,5% | 4,5% |
| EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN | 46,882 | 50,088 | 45,792 | 50,167 | 52,956 | 56,577 | 59,295 | 62,598 |
| | 8,3% | 6,8% | -8,6% | 9,6% | 5,6% | 6,8% | 4,8% | 5,6% |
| REISEVERKEHR | 17,451 | 18,322 | 11,265 | 9,019 | 17,938 | 19,076 | 20,042 | 21,005 |
| | 7,1% | 5,0% | -38,5% | -19,9% | 98,9% | 6,3% | 5,1% | 4,8% |
| EXPORTE I.W.S. | 214,612 | 220,955 | 198,567 | 216,032 | 237,642 | 252,518 | 264,234 | 276,895 |
| | 7,5% | 3,0% | -10,1% | 8,8% | 10,0% | 6,3% | 4,6% | 4,8% |
| WARENIMPORTE | 148,110 | 149,496 | 136,215 | 151,097 | 160,252 | 169,162 | 177,271 | 185,320 |
| | 6,6% | 0,9% | -8,9% | 10,9% | 6,1% | 5,6% | 4,8% | 4,5% |
| IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN | 44,564 | 48,485 | 45,281 | 49,171 | 53,253 | 56,894 | 59,483 | 62,796 |
| | 10,1% | 8,8% | -6,6% | 8,6% | 8,3% | 6,8% | 4,5% | 5,6% |
| REISEVERKEHR | 9,332 | 9,570 | 3,475 | 4,430 | 8,984 | 10,105 | 10,642 | 11,126 |
| | 9,1% | 2,6% | -63,7% | 27,5% | 102,8% | 12,5% | 5,3% | 4,5% |
| IMPORTE I.W.S. | 202,006 | 207,551 | 184,971 | 204,698 | 222,489 | 236,161 | 247,396 | 259,243 |
| | 7,5% | 2,7% | -10,9% | 10,7% | 8,7% | 6,1% | 4,8% | 4,8% |

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2015)

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| WARENEXPORTE | 146,881 | 150,026 | 140,490 | 153,415 | 161,085 | 168,334 | 173,805 | 179,454 |
| | 5,4% | 2,1% | -6,4% | 9,2% | 5,0% | 4,5% | 3,3% | 3,3% |
| EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN | 45,175 | 47,646 | 42,747 | 46,252 | 48,102 | 50,507 | 51,896 | 53,712 |
| | 6,7% | 5,5% | -10,3% | 8,2% | 4,0% | 5,0% | 2,8% | 3,5% |
| REISEVERKEHR | 16,353 | 16,853 | 10,175 | 7,967 | 15,536 | 16,119 | 16,522 | 16,935 |
| | 4,1% | 3,1% | -39,6% | -21,7% | 95,0% | 3,8% | 2,5% | 2,5% |
| EXPORTE I.W.S. | 208,407 | 214,539 | 193,075 | 207,009 | 224,656 | 234,889 | 242,127 | 249,994 |
| | 5,5% | 2,9% | -10,0% | 7,2% | 8,5% | 4,6% | 3,1% | 3,2% |
| WARENIMPORTE | 142,424 | 143,962 | 134,140 | 145,877 | 152,807 | 158,919 | 164,481 | 169,827 |
| | 3,8% | 1,1% | -6,8% | 8,8% | 4,8% | 4,0% | 3,5% | 3,3% |
| IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN | 43,382 | 46,636 | 43,243 | 46,378 | 49,485 | 51,960 | 53,259 | 55,123 |
| | 8,5% | 7,5% | -7,3% | 7,3% | 6,7% | 5,0% | 2,5% | 3,5% |
| REISEVERKEHR | 9,105 | 9,106 | 3,233 | 4,041 | 8,034 | 8,838 | 9,103 | 9,330 |
| | 8,5% | 0,0% | -64,5% | 25,0% | 98,8% | 10,0% | 3,0% | 2,5% |
| IMPORTE I.W.S. | 194,944 | 199,716 | 180,568 | 196,257 | 210,493 | 219,927 | 227,047 | 234,489 |
| | 5,0% | 2,4% | -9,6% | 8,7% | 7,3% | 4,5% | 3,2% | 3,3% |

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2015 = 100)

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| WARENEXPORTE | 102,313 | 101,679 | 100,726 | 102,237 | 103,515 | 105,068 | 106,381 | 107,711 |
| | 1,8% | -0,6% | -0,9% | 1,5% | 1,3% | 1,5% | 1,3% | 1,3% |
| EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN | 103,780 | 105,125 | 107,125 | 108,464 | 110,091 | 112,017 | 114,258 | 116,543 |
| | 1,5% | 1,3% | 1,9% | 1,3% | 1,5% | 1,8% | 2,0% | 2,0% |
| REISEVERKEHR | 106,715 | 108,718 | 110,707 | 113,198 | 115,462 | 118,349 | 121,308 | 124,037 |
| | 2,9% | 1,9% | 1,8% | 2,3% | 2,0% | 2,5% | 2,5% | 2,3% |
| EXPORTE I.W.S. | 102,977 | 102,990 | 102,844 | 104,359 | 105,780 | 107,505 | 109,130 | 110,761 |
| | 1,8% | 0,0% | -0,1% | 1,5% | 1,4% | 1,6% | 1,5% | 1,5% |
| WARENIMPORTE | 103,993 | 103,844 | 101,547 | 103,578 | 104,873 | 106,446 | 107,776 | 109,123 |
| | 2,7% | -0,1% | -2,2% | 2,0% | 1,3% | 1,5% | 1,3% | 1,3% |
| IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN | 102,726 | 103,964 | 104,714 | 106,023 | 107,614 | 109,497 | 111,687 | 113,921 |
| | 1,5% | 1,2% | 0,7% | 1,3% | 1,5% | 1,8% | 2,0% | 2,0% |
| REISEVERKEHR | 102,489 | 105,095 | 107,479 | 109,628 | 111,821 | 114,337 | 116,909 | 119,248 |
| | 0,5% | 2,5% | 2,3% | 2,0% | 2,0% | 2,3% | 2,3% | 2,0% |
| IMPORTE I.W.S. | 103,622 | 103,923 | 102,438 | 104,301 | 105,699 | 107,381 | 108,962 | 110,556 |
| | 2,3% | 0,3% | -1,4% | 1,8% | 1,3% | 1,6% | 1,5% | 1,5% |
| TERMS OF TRADE, GESAMT | 99,377 | 99,102 | 100,396 | 100,055 | 100,077 | 100,116 | 100,154 | 100,185 |
| | -0,5% | -0,3% | 1,3% | -0,3% | 0,0% | 0,0% | 0,0% | 0,0% |
| TERMS OF TRADE, GÜTER | 98,385 | 97,916 | 99,192 | 98,706 | 98,706 | 98,706 | 98,706 | 98,706 |
| | -0,9% | -0,5% | 1,3% | -0,5% | 0,0% | 0,0% | 0,0% | 0,0% |

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| IMPORTQUOTE, GESAMT | 52,420 | 52,204 | 49,025 | 51,493 | 52,560 | 53,726 | 54,374 | 55,126 |
| *ABSOLUTE DIFFERENZEN* | 1,529 | -0,216 | -3,179 | 2,468 | 1,067 | 1,166 | 0,649 | 0,751 |
| IMPORTQUOTE, GÜTER | 38,434 | 37,602 | 36,103 | 38,009 | 37,857 | 38,484 | 38,962 | 39,407 |
| *ABSOLUTE DIFFERENZEN* | 0,823 | -0,832 | -1,499 | 1,906 | -0,152 | 0,627 | 0,478 | 0,445 |
| EXPORTQUOTE, GESAMT | 55,691 | 55,576 | 52,629 | 54,344 | 56,139 | 57,447 | 58,075 | 58,880 |
| *ABSOLUTE DIFFERENZEN* | 1,637 | -0,115 | -2,947 | 1,715 | 1,795 | 1,308 | 0,628 | 0,804 |
| EXPORTQUOTE, GÜTER | 38,997 | 38,369 | 37,506 | 39,456 | 39,392 | 40,236 | 40,638 | 41,102 |
| *ABSOLUTE DIFFERENZEN* | 1,076 | -0,628 | -0,863 | 1,949 | -0,064 | 0,845 | 0,402 | 0,464 |

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG | 5629,901<br>0,1% | 5631,117<br>0,0% | 5633,895<br>0,0% | 5627,233<br>-0,1% | 5612,545<br>-0,3% | 5592,702<br>-0,4% | 5568,738<br>-0,4% | 5543,597<br>-0,5% |
| ERWERBSQUOTE | 80,769<br>1,3% | 81,595<br>1,0% | 82,002<br>0,5% | 82,248<br>0,3% | 83,399<br>1,4% | 84,442<br>1,3% | 85,286<br>1,0% | 86,139<br>1,0% |
| ERWERBSPERSONEN | 4547,191<br>1,4% | 4594,732<br>1,0% | 4619,903<br>0,5% | 4628,283<br>0,2% | 4680,830<br>1,1% | 4722,584<br>0,9% | 4749,372<br>0,6% | 4775,209<br>0,5% |
| INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN | 3698,440<br>0,3% | 3698,881<br>0,0% | 3701,922<br>0,1% | 3679,091<br>-0,6% | 3688,924<br>0,3% | 3695,962<br>0,2% | 3702,217<br>0,2% | 3709,729<br>0,2% |
| AUSLÄNDISCHES ARBEITS-KRÄFTEANGEBOT | 848,751<br>6,4% | 895,851<br>5,5% | 917,981<br>2,5% | 949,192<br>3,4% | 991,906<br>4,5% | 1026,622<br>3,5% | 1047,155<br>2,0% | 1065,480<br>1,8% |
| SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE | 493,600<br>0,7% | 496,100<br>0,5% | 493,100<br>-0,6% | 493,100<br>0,0% | 498,031<br>1,0% | 501,766<br>0,8% | 504,275<br>0,5% | 506,796<br>0,5% |
| UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT | 4053,591<br>1,5% | 4098,632<br>1,1% | 4126,803<br>0,7% | 4135,183<br>0,2% | 4182,799<br>1,2% | 4220,818<br>0,9% | 4245,097<br>0,6% | 4268,413<br>0,5% |
| UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE | 3661,127<br>2,5% | 3720,041<br>1,6% | 3643,933<br>-2,0% | 3716,812<br>2,0% | 3781,856<br>1,8% | 3819,675<br>1,0% | 3848,322<br>0,8% | 3877,185<br>0,8% |
| KINDERGELDBEZIEHENDE UND PRÄSENZDIENSTLEISTENDE | 80,357<br>-2,3% | 77,263<br>-3,9% | 73,231<br>-5,2% | 71,034<br>-3,0% | 71,034<br>0,0% | 71,389<br>0,5% | 71,746<br>0,5% | 72,104<br>0,5% |
| ARBEITSLOSE | 312,107<br>-8,2% | 301,328<br>-3,5% | 409,639<br>35,9% | 347,338<br>-15,2% | 329,909<br>-5,0% | 329,754<br>0,0% | 325,029<br>-1,4% | 319,124<br>-1,8% |
| ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF.<br>*ABSOLUTE DIFFERENZEN* | 7,700<br>-0,810 | 7,352<br>-0,348 | 9,926<br>2,574 | 8,400<br>-1,527 | 7,887<br>-0,512 | 7,813<br>-0,075 | 7,657<br>-0,156 | 7,476<br>-0,180 |

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

| | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| ARBEITNEHMERENTGELT | 185,084 | 192,871 | 189,446 | 196,134 | 204,056 | 211,455 | 219,219 | 226,937 |
| LAUT VGR | 5,1% | 4,2% | -1,8% | 3,5% | 4,0% | 3,6% | 3,7% | 3,5% |
| BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ | 153,046 | 155,832 | 156,536 | 159,432 | 170,996 | 177,926 | 184,074 | 190,094 |
| SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN | 4,3% | 1,8% | 0,5% | 1,8% | 7,3% | 4,1% | 3,5% | 3,3% |
| PRODUKTIONSABGABEN | 47,232 | 48,873 | 31,315 | 41,962 | 48,256 | 50,186 | 51,692 | 53,243 |
| MINUS SUBVENTIONEN | 1,4% | 3,5% | -35,9% | 34,0% | 15,0% | 4,0% | 3,0% | 3,0% |
| BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL | 385,362 | 397,575 | 377,297 | 397,527 | 423,308 | 439,568 | 454,986 | 470,274 |
| | 4,3% | 3,2% | -5,1% | 5,4% | 6,5% | 3,8% | 3,5% | 3,4% |
| PRIMÄREINKOMMEN | -3,506 | 1,983 | -0,850 | -0,867 | -0,884 | -0,902 | -0,920 | -0,938 |
| AUS DEM AUSLAND, NETTO | 1,2% | -156,6% | -142,9% | 2,0% | 2,0% | 2,0% | 2,0% | 2,0% |
| ABSCHREIBUNGEN | 69,369 | 72,722 | 75,631 | 78,467 | 81,410 | 84,666 | 88,053 | 91,355 |
| LAUT VGR | 4,7% | 4,3% | 4,3% | 3,8% | 3,8% | 4,0% | 4,0% | 3,8% |
| NETTO-NATIONALEINKOMMEN | 312,487 | 326,836 | 300,816 | 318,193 | 341,014 | 354,000 | 366,013 | 377,980 |
| ZU MARKTPREISEN | 4,3% | 4,6% | -8,0% | 5,8% | 7,2% | 3,8% | 3,4% | 3,3% |
| LAUFENDE TRANSFERS | -3,714 | -3,479 | -2,975 | -3,064 | -3,156 | -3,219 | -3,284 | -3,349 |
| AUS DEM AUSLAND, NETTO | 38,5% | -6,4% | -14,5% | 3,0% | 3,0% | 2,0% | 2,0% | 2,0% |
| VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN | 308,772 | 323,357 | 297,841 | 315,128 | 337,858 | 350,780 | 362,729 | 374,631 |
| DER VOLKSWIRTSCHAFT | 4,0% | 4,7% | -7,9% | 5,8% | 7,2% | 3,8% | 3,4% | 3,3% |